IMT Nuremberg Archives

H – 831

International Court of Justice

H0831 - 0002

Notice.

Not to be publicized until presented before the tribunal in open court and then only that portion actually submitted as evidence.

A ne pas publier avant présentation devant le tribunal en session publique et seulement la partie reellement versee au dossier.

Nicht zu veroeffentlichen vor Darlegung vor dem Gericht (Tribunal) in oeffentlicher Sitzung und dann nur jener Teil, welcher tatsaechlich zur Beweisfuehrung uebermittelt wurde.

H0831-0003

"Exhibit Ri.Nr. 193

Abschrift

aus dem Weissbuch des Auswärtigen Amts 1939 Nr.2
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.
Nr. 449.

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 15.August 1939

Der Französische Botschafter meldete sich heute bei mir nach Rückkehr von seinem Urlaub. Der Botschafter drückte sich zur Lage etwa folgendermassen aus und brachte dies ruhig und bestimmt vor: Frankreich habe seine Stellung bezogen. Sein Verhältnis zu Polen und zu England sei bekannt. Ein Konflikt zwischen Deutschland und Polen werde automatisch Frankreich einbeziehen. Das sei eine Tatsache, kein Wunsch Frankreichs. Vielmehr wünsche Frankreich nichts dringlicher als einen deutsch-polnischen Ausgleich, besonders hinsichtlich Danzigs. Er hoffe, dass einer Regelung dieser Sonderfrage auch eine allgemeine deutsch-polnische Entspannung folgen würde. So sei in kurzen Worten sein Eindruck aus seinen letzten Gesprächen mit Daladier und Bonnet. Sein frischer Eindruck in Berlin aber sei der einer gewissen Verschärfung der Lage. Besonders beschäftige ihn, dass in den neuesten deutschen Auslassungen der E h r e n p u n k t wiederholt vorkomme: das bedeute doch offensichtlich eine ernste Zuspitzung.

Ich habe Coulondre darauf bestätigt, dass die Lage eine andere sei als vor seinem Urlaubsantritt im Juli. Alsdann holte ich ziemlich weit aus und zog die nötigen Argumente heran, um die ungezügelte selbstmörderische Politik Polens zu kennzeichnen. Ich sprach Coulondre von der ultimativen Note Polens an Danzig vom Samstag vor 8 Tagen, von der Aggressivität in dem vorwächigen Meinungsaustausch zwischen Berlin und Warschau, von den provokatorischen Äusserungen der gesteuerten polnischen Presse, von den fortgesetzten Unterdrückungs-, Knebelungs-, Ausweisungs- und ähnlichen Massnahmen der polnischen unteren Instanzen (ich zeigte Coulondre dazu eine mir darüber frisch zugegangene Liste) und erklärte dieses alles als das faktische Ergebnis der Versprechungen Frankreichs und Englands an Polen. So also sei die Saat aufgegangen, welche die Westmächte in Polen ausgestreut hätten.

Coulondre mache dann einen kleinen Ausflug in die Vergangenheit und stellte die englisch-französische Garantieleistung an Polen hin als das unvermeidliche Ergebnis der deutschen Errichtung des Protektorats in der Tschechei. Im übrigen behauptete der Botschafter, es herrsche nach der französischen Berichterstattung aus Warschau dort kein Übermut, vielmehr bewahre die Polnische Regierung kühles Blut.

Ich führte nun erhaltenem Auftrag gemäss eine sehr ernste, warnende Sprache und bestritt Koulondres Darlegungen auf das heftigste. Die Polnische Regierung regiere ausserdem ja gar nicht. In Paris wisse man anscheinend nicht, was "polnische Wirtschaft" sei. Die Polnische Regierung sei auch keineswegs bei Verstand, sonst könnten ultimative Drohungen, wie kürzlich in Danzig, nicht durch polnische Diplomaten ausgesprochen werden. Derartige Exzesse bewiesen nur den polnischen Glauben an die beiden grossen Brüder im Westen, die schon helfen würden. Wir könnten und würden uns eine Fortsetzung eines solchen polnischen Verhaltens nicht weiter gefallen lassen. Polen ziehe als Amokläufer sein Schicksal über sich zusammen.

Ich fuhr dann fort, wie jede Dummheit, habe auch die polnische ein gewisses Verdienst:

1. sähen daraus Polens Freunde, was sie selber angerichtet hätten, und
2. befreie Polen seine Freunde damit von ihrer Unterstützungspflicht,

denn man könne sich ja nicht vorstellen, dass etwa Frankreich oder England zugunsten ihres wild gewordenen Freundes ihre Existenz aufs Spiel setzen wollten. Ich verstände daher auch nicht, wieso Coulondre zu Beginn unserer Unterhaltung die französische Hilfe an Polen als eine selbstverständliche und automatische habe bezeichnen können.

Coulondre sprach dann einen Augenblick davon, dass der französisch-polnische Bündnisvertrag durch die diesjährige Garantie noch verstärkt worden sei, die juristische Bindung an Polen sei aber nicht ausschlaggebend, Frankreich brauche zu seiner Sicherheit das Gleichgewicht Europas. Würde dies zugunsten Deutschlands gestört, d.h. würde Polen jetzt von uns überrannt, so käme in absehbarer Zeit Frankreich an die Reihe, oder aber es müsse herabsinken, etwa auf das Niveau von Belgien oder Holland. Frankreich würde damit praktisch zum Vasallen Deutschlands und dieses wolle es eben nicht.

Ich legte dem Botschafter dringend nahe, sich über das tatsächliche Verhalten Polens zu unterrichten und sich von seinem totalen Irrtum über das Benehmen seiner Freunde kurieren lassen, dann werde er auch zu den richtigen Schlussfolgerungen kommen.

Als Coulondre mich nach diesen Schlussfolgerungen fragte, sagte ich ihm, Polen müsse den berechtigten Ansprüchen Deutschlands nachkommen und es müsse sein Gesamtverhalten gegen über Deutschland total umstellen.

Schliesslich meinte der Botschafter, zu einem Druck auf Warschau wie im vorigen Jahr auf Prag werde seine Regierung sich nicht verstehen. Die Lage sei eine andere als damals.

Ich erwiderte Coulondre trocken, ich hätte ihm bzw. seiner Regierung keine Ratschläge zu erteilen. Sie möge sich die Tatsachen ansehen und diese sprechen lassen.

Zum Schluss versicherte mich der Botschafter seiner Bereitschaft zu jeder Art von Mitwirkung an der Bewahrung des Friedens. Ein europäischer Krieg würde enden mit einer Niederlage aller, auch des heutigen Russland. Der Sieger wäre nicht Stalin, sondern Trotzki.

Weizsäcker.

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den angeführten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestätigt:

Nürnberg, ...März 1946

gez.M.Horn .

H0831-0004

H0831-0005

"Exhibit Ri.Nr.194"

Abschrift

aus dem Weissbuch des Auswärtigen Amts 1939 Nr.2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 450.f

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 15.August 39

Der Britische Botschafter kam heute nach längerer Zeit zu einer Aussprache zu mir. Er fragte mich ziemlich unvermittelt nach dem Ergebnis des Ciano-Besuches in Salzburg.

Auf Ciano und die Gespräche mit ihm ging ich in meiner Antwort nicht ein. Ich schilderte ihm aber die Verschlechterung der Lage zwischen Berlin und Warschau und hielt mich etwa an den Gedankengang, den ich heute früh auftragsgemäss gegenüber dem Französischen Botschafter gefolgt war. Meine Ausdrucksweise über die polnische Politik habe ich gegenüber Henderson vielleicht noch um eine Kleinigkeit schärfer gewählt als gegenüber Coulondre.

Henderson knüpfte an die Zollinspektorenfrage die Behauptung deutschen Waffenschmuggels und einer weitgehenden Militarisierung Danzigs, womit polnische Rechte und Interessen berührt seien, ohne dass Polen remonstriert habe. Ich bestritt auf das energischste, dass die militärischen Massnahmen in Danzig unberechtigt seien. Danzig mache nichts anderes, als dass es sich gegen seinen Beschützer schütze. Das werde doch wohl noch erlaubt sein. Im übrigen führte ich wieder aus, wie die britische Politik der Polnischen Regierung Narrenfreiheit gegeben habe, welche sich die Polen nunmehr ungezügelt zunutze machten. England müsse jetzt erkennen, wohin seine sogenannte Einkreisungspolitik geführt habe, und werde doch wohl schwerlich geneigt und verpflichtet sein, sich von seinem wild gewordenen polnischen Freunden ins Unglück führen zu lassen.

Auch bei dem Gespräch mit Henderson heute nachmittag ergab sich wieder ein fundamentaler Unterschied in der Auffassung von der Haltung der Polen. Henderson bzw. seine Regierung behauptet, Polen sei vernünftig und ruhig, und bestreitet, dass Polen in der Lage wäre, einen Angriffsakt gegen Deutschland zu begehen. In allen anderen Fällen eines deutsch-polnischen Zusammenstosses absersei die Britische Regierung zur Waffenhilfe verpflichtet und zu dieser fest entschlossen. Im übrigen werde Polen Schritte von grosser Tragweite nicht tun, ohne sich des Londoner Einverständnisses zu versichern.

Ich fragte darauf den Botschafter, ob etwa das Londoner Einverständnis zu der Drohnote an Danzig oder zu der polnischen Erklärung von Mitte voriger Woche an uns oder zu all den provokatorischen Reden und Artikeln und zu der fortgesetzten Bedrängung der deutschen Minderheit vorliege. Das Mass unserer Geduld sei bis an den Rand gefüllt. Die Politik eines Landes wie Polen setze sich aus tausend Provokationen zusammen. Ob England wohl damit rechne, Polen von jeder neuen Unbesonnenheit zurückhalten zu können? Es sei doch alles pure Theorie, wenn England glaube, Polen in der Hand zu haben, solange Warschau sich von London gedeckt fühle. Umgekehrt liege es.

H0831 – 0006

Alsdann hatte ich noch gegenüber dem Botschafter die Behauptung zu dementieren, dass durch unseren Generalkonsul in Danzig verschärfende Instruktionen nach Danzig gelangt seien. Ich bezeichnete diese dem Botschafter hinterbrachte Behauptung als eine glatte Lüge.

Der Botschafter ging dann zu der Frage über, ob nicht das Problem Danzig so lange verschoben werden könne, bis es in einer ruhigeren Atmosphäre lösbar sei. Er verspreche sich dann auch für uns einen besseren Erfolg. Henderson meinte, ich würde ihm auf diese Frage wohl nicht antworten können. Ich erwiderte ihm aber damit, seine Frage sei eine rein theoretische, denn eine Verschiebung würde in Polen zu nichts anderem ausgenützt werden, als das Unheil noch zu vergrössern, was es jetzt schon anrichte, so dass von einer Verbesserung der Atmosphäre gar keine Rede wäre.

Henderson meinte dann, ob denn nicht deutsch-polnische Verhandlungen zu führen wären, zu denen wir den Anstoss geben könnten. Hierauf erinnerte ich Hendersondaran, dass Beck in seiner letzten Parlamentsrede sich wie ein Pascha auf den Diwan gesetzt habe mit der Erklärung, wenn Deutschland sich den polnischen Prinzipien anpasse, so sei er bereit, in diesem Rahmen Vorschläge gnädig entgegenzunehmen. Ausserdem hätte ja gerade in der vorigen Woche die Polnische Regierung erklärt, dass jede deutsche Initiative auf Kosten polnischer Ansprüche als eine Angriffshandlung anzusehen ist. Ich sähe also keinen Raum für eine deutsche Initiative.

Henderson deutete dann noch auf eventuelle spätere umfassende deutsch-englische Erörterungen in grossen Fragen wie Kolonien, Rohstoffe usw. hin, sagte aber gleichzeitig, die Lage sei doch viel schwieriger und ernster als im Vorjahre, denn Chamberlain könne nicht noch einmal bei uns angeflogen kommen.

Ich erklärte mich meinerseits ausserstande, andere Ratschläge zu geben, als dass Polen in dem akuten Problem Danzig und in seinem gesamten Verhalten zu uns schleunigst Vernunft annehmen müsse.

Henderson verliess mich mit dem Gefühl vom Ernst und der Dringlichkeit der Lage.

Weizsäcker .

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den angeführten Schriften, die mir im Original vorlagen, bestätigt:

Nürnberg, ...März 1946

gez.M.Horn.

H0831 - 0007

Auszug aus

" Failure of a Mission by Henderson "

1.

Nach aussen hin hatte sich die Lage wenig während des vergangenen Monats geändert, und der Barometer zeigte noch immer den Stand: "unverändert" an. Aber es gab unheilverkündende Anzeichen, dass er fallen würde. Da war einerseits kein Kontakt zwischen Berlin und Warschau, und der polnische und deutsche Botschafter sassen in Berlin bzw. in Warschau in ihren Zelten wie Achilles. Wechselseitige Beschuldigungen über die Verfolgung von Minderheiten wuchsen im Umfang, und Danzig kochte mit Gerüchten und Spannung. Andererseits schien die erfolgreiche Beendigung der Verhandlungen zwischen London = Paris und Moskau noch weiter entfernt als je. Es war richtig, dass die britischen und französischen Militärmissionen ihre Koffer für die Reise nach Moskau packten. Als sie tatsächlich am 11. August dort ankamen, wäre es nur natürlich gewesen die Folgerung zu ziehen, dass Stalin, obwohl er den grösstmöglichen Vorteil für Russland herausschlagen wollte, sich endlich entschlossenhabe, mit dem Westmächten auf die eine oder andere Weise zusammenzuarbeiten, um weitere deutsche Aggressionen zu verhindern. Aber dagegen müsste man die beunruhigende Entwicklung halten, dass Moskau ganz unverhüllt den Teufelsfuss zeigte und freie Hand in den baltischen Staaten forderte.

Russland's wirkliches Ziel wurde dadurch klar und, da das Deutsche Reichs heimlich interessiert war, neigte sich die Waage schwer zugunsten der Westmächte. Sie konnte n nicht Ehre und Freiheit kleiner, aber unabhängiger Staaten als Tauschmittel verwenden, während Deutschland dies tat. Man kann nur hoffen, dass einmal diese Frage aufgeklärt werden wird, ob Stalin von Anfang an in heimlichen Einverständnis mit Hitler war mit der Absicht, die Verhandlungen mit uns solange auszudehnen, bis das Deutsche Reich zum losschlagen bereit war, oder ob er mit Deutschland und uns Katze und Maus spielte. Ich selbst neige zu letzterer Ansicht,

Auszug aus
"Failure of a Mission by Henderson"

Seite 246 = 248

aber auch ich kann nur raten, und ich bin ausserdem voreingenommen. Von Anfang an betrachtete ich die Russischen Verhandlungen als etwas, was versucht werden musste, aber dem jeder Wirklichkeitssinn fehlte. Ich habe niemals an eine wirksame und selbstlose Hilfe geglaubt, die den Polen von seiten Russland gegeben werden würde.

Meine grösste Hoffnung war, dass falls die USSE der Friedensfront, wenn auch nur mit halber Überzeugung beitrat, Hitler nach dem Grundsatz, dass Vorsicht die Mutter der Weisheit ist, handeln und sich zu friedlichen Auseinandersetzungen bequemen werde. Ich war aber immer der Meinung, dass es Moskau's Hauptziel war, Deutschland in einen Krieg mit den Westmächten zu verwickeln mit einem allgemeinen Ruin als Resultat, um dann als der lachende Dritte diesem Konflikt zwischen ihnen zu überleben. Bis zum August war dies gleichfalls die offen geäusserte Meinung aller Deutschen, die unsere russischen Verhandlungen besprachen, von Hitler abwärts. Ich habe diese Sache mit Hitler selbst besprochen, als ich ihn am 23.August in Berchtesgaden sah. Ribbentrop war an diesem Tag in Moskau, um das Russisch=Deutsche Abkommen zu unterzeichnen, und Hitler erging sich mir gegenüber weitläufig und triumphierend über den Wert und die grossen Vorteile dieses neuen Bündnisses, welches, wie er sagte, fest und dauernd sei. Ich erinnerte ihn an seine frühere Einstellung gegenüber den Sowjets, brachte zum Ausdruck, dass er vielleicht Russlands Freundschaft gefährlicher als seine Feindschaft finden könnte, und fügte ganz persönlich und rein moralisierend gesprochen hinzu, dass, falls ein Vertrag mit Moskau gemacht werden müsste, wo Kommunismus nur noch der Deckmantel für intensiven Nationalismus sei und dessen Hintergedanken mir ziemlich verdächtig erschienen, dann wäre es mir lieber, wenn Deutschland einen solchen Vertrag mache als wir. Hitler war für einen Augenblick verwirrt und verblüfft. Er entgegnete jedoch, dass das Ganze unsere Schuld sei, wir seien es gewesen, die ihn in Russlands Arme getrieben hätten. Aber es war die Entgegnung eines Mannes, der nach Ausflüchten suchte.

H0831 – 0008

Nr. 41o

Auszug aus Übersetzung Seite 246_248

"Failure of a Mission by Henderson"

2.

Das Stillschweigen zwischen Berlin und Warschau und der mangelnde Fortschritt in unseren Verhandlungen in Moskau waren jedoch nicht die einzigen Anzeichen dafür, dass das Barometer ganz plötzlich und sehr schnell fallen könnte. Abgesehen von der Verschlechterung der Lage Danzig, kam die deutsche Armee mit raschen Schritten der Beendigung ihrer Vorkriegsvorbereitungen näher. Höchstens drei oder vier Tage würden jetzt genügen, um sie auf vollständigen Kriegsfuss zu bringen. Die Vorkehrungen für die Tannenberg Feiern am 27. August wurden systematisch weiter getroffen und Leute und Material wurden andauernd nach Osten über Königsberg nach Ostpreussen gezogen. In kurzer Zeit würde Hitler imstande sein, sich den geeigneten Augenblick zur Herbeiführung der Krise selbst auszusuchen, und ich war mehr denn je überzeugt, dass die Stunde in der letzten Augustwoche schlagen würde. Oberst Beck stellte zu diesem Zeitpunkt die Frage, welche Instruktionen die Britische und Französische Regierungen ihren Gesandten hinsichtlich des Nürnberger Parteitages im September zu geben gedenken. Der polnische Botschafter, dessen Stellung in Berlin sehr zweifelhaft geworden war sagte, dass er mit allen Beschlüssen seiner englischen und französischen Kollegen übereinstimmen würde. Als ich vom Foreign Office über meine Ansicht gefragt wurde, antwortete ich, dass die Abhaltung des Nürnberger Parteitages für 1939 sehr ungewiss wäre, aber falls man den Monat September in Sicherheit erreichte, würde ich gerne ohne Bedenken wenigstens einigen der Festlichkeiten beiwohnen.

H0831 - 0009

Auszug aus "Failure of a Mission by Henderson"

Übersetzung Seite 253 - 254

3.

H0831-0010

Am 18. August telegrafierte ich Lord HALIFAX dass, wenn der Friede aufrechterhalten bleiben sollte, die gegenwärtige Lage nicht länger geduldet werden konnte und es ausser Krieg nur eine Alternative gab, = sofortige Schritte zur Vermittlung. In diesem Zusammenhang wiederholte ich einen schon früher von mir gemachten Vorschlag, nämlich, dass der Premierminister einen persönlichen Brief an Hitler schreiben und durch einen Abgesandten von London an ihn ausliefern lassen sollte. Zwei Tage später telegrafierte ich wieder zu demselben Zweck und gab meiner Überzeugung Ausdruck, dass Hitler jetzt endgültig entschlossen war, durch irgendwelche sofortige Schritte eine Entscheidung zu erzwingen. Ich deutete auf die verstärkte Heeresmacht hin, welche in Ostpreussen vorgeblich zur Tannenberg-Erinnerungsfeier versammelt war und äusserte mein Bedenken, dass diese Feier der Ausgangspunkt für die von Hitler geplante Aktion sein könnte. Ich habe wenig Zweifel daran, dass dies Hitlers ursprüngliche, vorbedachte Absicht war. Einige Tage später erhielt ich tatsächlich bestimmte Mitteilungen darüber, dass die langerwartete, aber vorsichtig verheimlichte Konzentration der deutschen Wehrmacht schon im Gange war und sie laut Befehl bis 24. August vollendet sein sollte. In einem Bericht ist ausdrücklich der 25. August erwähnt als der für den Einmarsch in Polen festgesetzte Tag. Ich glaube, dass dahin lautende Befehle tatsächlich von Hitler unterzeichnet waren.

Es ist unzweifelhaft richtig, dass um diesen Zeitpunkt nicht nur die deutschen militärischen Vorbereitungen weit genug vorangeschritten waren, so dass Hitler die Initiative ergreifen konnte, sondern er konnte jetzt auch mit Bestimmtheit auf die Mithilfe Russlands in seinen berüchtigten Absichten gegen Polen zählen. Der genaue Datum, an welchem ihm dies möglich war, wird - aus leicht ersichtlichen Gründen, - einer der

H0831 - 0011

Auszug aus

"Failure of a Mission by Henderson"

interessantesten Punkte sein, über welche die Geschichte uns Aufklärung schuldet, und um welchen moralischen und materiellen Preis Hitler sich die Sojet Union als Helfershelfer erwarb. Was den Rest der Welt anbelangt, war es jedenfalls spät am Abend des 21. August, als die Bombe platzte mit der Ankündigung, dass die Verhandlungen zur Unterzeichnung eines russisch-deutschen Nicht-Angriff-Paktes abgeschlossen waren, und das Ribbentrop zur Unterzeichnung am 23. August nach Moskau fliegen werde. Man hatte das Geheimnis, von dem auf deutscher Seite nur ganz wenige Personen etwas wussten, gut zu hüten verstanden.

4. Übersetzung Seite 255

Während Herr von Ribbentrop Vorbereitungen zum Flug nach Moskau traf, erhielt ich kurz vor 9 Uhr abends am 22. August die Anordnung, ein persönliches Schreiben des Premier-Ministers von England an Herrn Hitler ohne Verzögerung zu übermitteln. Der Staats-Sekretär befand sich auf Begleitung Ribbentrops zu irgendeinem Flugplatz, aber es gelang mir mit Herrn Hewel, der als Verbindungsmann zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Kanzler im Hauptquartier tätig war, in Verbindung zu kommen. Er war freundlich und hilfsreich, und später im Laufe des Abends kam ich in Berührung mit Weizsäcker selbst. Im Verlaufe dieser Nacht wurde nach einigen Telefongesprächen eine Zusammenkunft mit Hitler am folgenden Tage in Berchtesgaden arrangiert, und ich verliess Berlin um 9.3o Uhr vormittags am 23. August, in Begleitung von Weizsäcker und Hewel in einem Flugzeug, welches mir vom Auswärtigen Amt zur Verfügung gestellt worden war.

Auszug aus

"Failure of a Mission by Henderson" Seite 256-257

5.

Die drei Hauptpunkte in dem Briefe des Premier-Ministers waren:(1) Beharren auf dem Entschluss der Regierung Seiner Majestät, ihre Verpflichtungen Polen gegenüber zu erfüllen, (2) ihre Bereitschaft, im Falle dass eine friedliche Atmosphäre geschaffen werden könnte, alle die einschlägigen Probleme zwischen unseren beiden Ländern zu diskutieren, und (3) ihr Bestreben, während eines Waffenstillstandes sofortige, direkte Diskussionen zwischen Deutschland und Polen anzubahnen, bezügl. der gegenseitigen Behandlung der Minderheiten. Hitlers Antwort, die nicht weniger unnachgiebig war als ich erwartet hatte, besagte, dass der Entschluss Grossbritanniens, Polen zu unterstützen, seine Politik, wie in der deutschen Verbal-Note v. 9. August an die polnische Regierung ausgedrückt, nicht ändern könne, dass er bereit sei, sogar einen langen Krieg zu acceptieren, als deutsche nationale Interessen und Ehre zu opfern, und dass, wenn Grossbritannien auf seinen eigenen Massnahmen bestünde, in der Mobilmachung der ganzen deutschen Wehrmacht, dann würde er die Mobilisierung der deutschen Wehrmacht anordnen.

Während meiner ersten Besprechung mit ihm an diesem Tage war Hitler in einer Stimmung aussergewöhnlicher Erregbarkeit. Seine Sprache bezügl. der Polen und der britischen Verantwortung für die Haltung der Polen war verletzend, voller Anschuldigungen und übertrieben. So z.B. wies er auf 1oo.ooo deutsche Flüchtlinge von Polen hin - eine Ziffer, die zum mindesten fünfmal grösser war als in Wirklichkeit. Ich kann wiederum nicht sagen, ob ihm dies eingeredet war, oder ob er sich selbst die Richtigkeit dieser Ziffern einredete. Bei meiner zweiten Unterredung, als er mir seine Antwort überreichte, hatte er seine Ruhe zurückgefunden, aber er war nicht weniger unbeugsam. An allem war England schuld. Es hatte letztes Jahr die Tschechen ermutigt und jetzt gab es den Polen einen Blan-

H0831 -0012

Auszug aus

"Failure of a Mission by Henderson"

H0831-0013

ko-Scheck. Er sagte, er traue Mr. Chamberlain nicht länger. Er sagte, er zöge es vor Krieg zu führen, wenn er 5o Jahre alt sei, als wenn er 55 oder 6o Jahre alt sei. Er selbst hatte immer an die Möglichkeit einer Freundschaft mit England geglaubt und sie gesucht. Er sehe aber jetzt ein, sagte er, dass diejenigen, die das Gegenteil behaupteten, Recht gehabt hätten, und nur ein vollständiger Wechsel der britischen Politik gegenüber Deutschland könne ihn von einem ernstlichen, britischen Wunsch nach guten Beziehungen überzeugen. Meine letzte Bemerkung ihm gegenüber war, dass ich aus seinen Reden nur schliessen könne, dass meine Mission in Deutschland ein Fehlschlag war, und dass ich es bitter bedauere.

6. Seite 268-269

Später im Verlauf des Tages erhielt ich noch drei weitere Mitteilungen an die Deutsche Reichsregierung. Die erste war eine persönliche Note des Premierministers an den Kanzler, worin der letztere über Vorstellungen der Britischen Regierung in Warschau zum Zwecke der Vermeidung von Grenzzwischenfällen unterrichtet und die Reichsregierung gebeten wurde, ähnliche Vorsichtsmassregeln zu ergreifen. (Ich überlieferte dieses Schreiben am Nachmittag zu seinem Bestimmungsort mittels eines persönlichen an den Aussenminister gerichteten Briefes). Das zweite Schreiben benachrichtigte die Reichsregierung in ähnlicher Weise über unsere den Polen gemachte Empfehlung zur Vorsicht und bat Deutschland das Gleiche zu tun. Das dritte Schreiben drückte die Meinung aus dass das Verlangen, dass ein polnischer Bevollmächtigter nach Berlin kommen müsste, um die Deutschen Vorschläge entgegenzunehmen, ungerechtfertigt erschien, und schlug vor, dass die Deutsche Regierung wie in solchen Fällen üblich, den polnischen Botschafter zum Vorsprechen auffordere und ihm die Deutschen Vorschläge zur Weitergabe nach Warschau überreichen sollte, mit dem endgültigen Ziel, Vorbereitungen für Unterhandlungen zu verabreden. Diese letzte Mitteilung erinnerte auch die Reichsregierung daran, dass sie versprochen hatte, ihre Vorschläge im Ein-

H0831 - 0014

Auszug aus
"Failure of a Mission by Henderson"

zelnen der Englischen Regierung mitzuteilen, die sich bereit erklärte, ihr Bestes zu tun, um Unterhandlungen mit Warschau anzubahnen, falls eine vernünftige Grundlage vorhanden wäre.

7. Seite 259

Meine Unterredung mit Hitler, welcher Herr von Ribbentrop und Dr. Schmidt beiwohnte, dauerte bei dieser Gelegenheit über eine Stunde. Der Kanzler sprach mit Ruhe und augenscheinlicher Aufrichtigkeit. Er beschrieb seine Vorschläge als eine letzte gewissenhafte Anstrengung, um gute Beziehungen mit England sicher zustellen, und schlug vor, dass ich selbst damit nach London fliegen sollte. Ich erklärte seiner Exzellenz, dass trotzdem ich völlig bereit sei, diesen Kurs zu erwägen, ich es für mein Pflicht halte, ihm ganz klar zu sagen, dass mein Land das an Polen gegebene Wort nicht brechen könnte, und dass, ganz gleich gültig, wie besorgt wir um ein besseres Verständnis mit Deutschland wären, ein solches niemals anders als auf der Grundlage v Übereinkünften auf dem Verhandlungswege mit Polen möglich sei.

8. Seite 259-26o

Was auch immer das zu Grunde liegende Motiv dieses endgültigen Anerbietens von Seiten des Kanzlers gewesen sein mag, es war solcherart dass man es nicht unbeachtet lassen konnte, und mit Lord HALIFAX Einwilligung flog ich nach London am frühen Morge des folgenden Tages (26. August) in einem deutschen Flugzeug, das mir höflicherweise zur Verfügung gestellt wurde. Die Regierung seiner Majestät verbrachte zwei Tage, um Hitlers Botschaf vollster und sorgfältigster Prüfung zu unterziehen.

9. Seite 262

Ich verliess London am 28. August 5 Uhr abends und um 1o.3o Uh um selben Abend wurde ich von Hitler in der Reichskanzlei empfangen. Ich überreichte ihm die englische Antwortnote nebst deutscher Übersetzung. Hitler war wieder freundlich und vernünftig und schien mit der von mir gebrachten Antwort nicht u zufrieden zu sein. Er bemerkte jedoch, das er sie genau durc sehen müsste und dass er mir am nächsten Tag eine geschriebe

H0831 -0015

Auszug aus

"Failure of a Mission by Henderson"

Antwort überreichen würde. Unsere Unterredung dauerte weit über eine Stunde, und es war beinahe Mitternacht als ich in die Gesandtschaft zurückkehrte.

H0831 – 0016

Auszug aus

"Failure of a Mission by Henderson"

Beglaubigung der Übersetzung
desDokuments Nr.

---

6. März 1946

Ich, Dr. H. v. V. VEiTH, AGO Nr. D 15o649, bestätige hiermit, dass ich durchaus vertraut mit der englischen und deutschen Sprache bin und dass das Vorstehende eine wahrheitsgemässe und richtige Übersetzung des Dokuments Nr. darstellt.

Dr. H. v. V. VEITH
AGO Nr. D 15o649

Ri-Exhibit Nr. 196

H0831 - 0017

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 451

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, 18. August 1939

Der Britische Botschafter war heute bei mir, um mir zu sagen, er würde voraussichtlich am nächsten Dienstag nach Salzburg fliegen. Am Mittwoch sei das Hauptrennen der Motorradler an welchem auch eine Reihe von Engländern teilnähmen.

Zur politischen Lage übergehend, bemerkte Henderson wieder, er sei überzeugt, Polen werde sich zu keinen Provokationen hinreissen lassen. Dafür werde die Britische Regierung schon sorgen.

Ich musste bei Sir Nevile Henderson wieder eine völlige Verkennung des polnischen Verhaltens gegen die Deutschen feststellen und erklärte ihm den wahren Tatbestand. Wir stellten in dieser Hinsicht eine gründliche Meinungsverschiedenheit zwischen den britischen und deutschen Informationen und Auffassungen fest. Henderson sagte dann nochmals mit allem Nachdruck, man möge sich doch in Deutschland nicht dem Irrtum hingeben, als werde England den Polen keine Waffenhilfe leihen. Er kenne doch die heutige Lage in England.

Weizsäcker

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

gez. M. Horn
Dr. Martin Horn,
Rechtsanwalt.

HO831 - 0018

Ri. Exhibit Nr.197

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 452

Der Deutsche Geschaeftstraeger in Washington an das Auswaertige

Amt

Bericht

Washington D.C., den 21. August 1939

Abs.1 Wie ich zuverlaessig erfahre, hat Mr. Bevin, Generalsekretaer der "Transport und General Workers Union of Great Britai der sich gegenwaertig in New York als Delegierter zum Kongress fuer demokratische Erziehung aufhaelt, gegenueber einem amerikanischen Freunde die Meinung ausgedrueckt, das Krieg unvermeidlich sei, es sei denn, Deutschland gaebe nach. Dies begruendet Bevin damit, dass er und seine Gewerkschaftkollegen die fuehrenden Leute in der Britischen Regierung kennen. Sie haetten in ihren eigenen Kaempfen selbst die Erfahrung gemacht, dass diese Art von Leuten (these people) an ihrer Meinung festhielten, wenn sie sich einmal entschlossen haetten. Dies sei heute gewiss der Fall, und die Labour-Party habe damit mitgewirkt, diese Entschlossenheit hervorzurufen.

T h o m s e n

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. M. H o r n
Rechtsanwalt

H0831-0019

" Exhibit Ri. Nr. 198

Abschrift aus dem Weissbuch
des Auswaertigen Amts 1939 Nr. 2
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 453

Der Deutsche Goschaeftstraeger in London an das Auswaertige Amt

Telegramm

London, den 22.August 1939

Amtliches Communique ueber heutige Kabinettsitzung hat folgenden Wortlaut:

"Bei seinem heutigen Zusammentritt beriet das Kabinett ueber die internationale Lage in ihrer ganzen Tragweite. Das Kabinett nehm ausser den eingetroffenen Berichten ueber militaerische Bewegungen in Deutschland die Mitteilung zur Kenntnis, dass ein Nichtangriffsvertrag zwischen der Deutschen und der Sowjetrussischen Regierung vor dem Abschluss stehe."

Es zoegerte nicht, die Entscheidung yu treffen, dass ein solches Ereignis seine Verpflichtungen gegenueber Polen in keiner Weise beruehre, Verpflichtungen, die das Kabinett verschiedentlich in der Oeffentlichkeit dargelegt hat und die yu erfuellen es entschlossen ist.

Das Parlament ist fuer den naechsten Donnerstag einberufen worden, und die Regierung beabsichtigt, beide Haeuser yur Durchbringung der " Emergency Powers (Defence) Bill" durch alle parlamentarischen Stadien aufyufordern. Hierdurch wird die Regierung in die Lage versetyt werden, unveryueglich alle notwendigen Massnahmen zu ergreifen, wenn es die Sachlage erfordern sollte. Jn der Ywischenzeit werden von den Abteilungen weitere Massnahmen vorbeugender Art getroffen z.B. die Einberufung eines bestimmten Personals der Koeniglichen Marine, Armee und L ftwaffe sowie des Luftschutyes und der Zivilverteidigung. Es werden ferner Vorkehrungen getroffen, um gewisse Angelegenheiten yu regeln., die die Ausfuhr der lebenswichtiger Materialien und Waren aus diesem Lande betreffen.

Waehrend sie diese diesmal fuer notwendig erachteten Vorsichtsmassregeln trifft, ist die Regierung nach wie vor der Ansicht, dass es in dem zwischen Deutschland und Polen entstandenen Streitfall nichts gibt, was die Anwendung von Gewalt und die Einbeziehung in einem europaeischen Krieg mit allen seinen tragischen Folgen rechtfertigen wuerde.

Es gibt, wie der Premierminister wiederholt gesagt hat, tatsaechlich keine Frage in Europa, die nicht einer friedlichen Loesung

H0831-0020

Dok. Nr. 453

"Exhibit Ri. Nr....."

Die Regierung seiner Majestaet ist wie stets bereit, bei der Schaffung eines solchen Zustandes zu helfen, aber trotz aller ihrer Bemuehungen andere auf der Anwendung von Gewalt bestehen, so ist sie darauf vorbereitet und entschlossen, bis zum aeussersten Widerstand zu leisten."

Kordt

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgefuehrten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestaetigt.
Nuernberg,.....Maerz 1946

gez. Horn

H0831-0021

"Exhibit Ri. Nr. 199"

Abschrift aus dem Weissbuch
des Auswaertigen Amts 1939 Nr. 2
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 455

Unterredung des Fuehrers mit dem Britischen Botschafter, Berchtesgaden, 23.August 1939

Aufzeichnung des Dolmetschers von Loersch

Der Britische Botschafter bemerkte einleitend, dass er im Auftrage der Britischen Regierung einen Brief ueberbringe. Zunaechst habe ein Wuerdigerer dies xx tun sollen. Doch habe der Gang der Ereignisse zu schnellen Handeln gedraengt, zumal die Britische Regierung durch die Nachricht des deutsch-sowjet-russischen Paktes sehr ueberrascht worden sei.

Der Fuehrer stellte fest, dass ihm bereits eine Uebersetzung des Briefes vorliege. Er sei im Begriffe, eine schriftliche Antwort auszuarbeiten, doch wolle er einstweilen dem Botschafter im gleichen Sinne einige muendliche Ausfuehrungen machen.

Henderson erwiderte, dass sich hoffentlich fuer die schwierige Lage eine Loesung finden lassen werde; es sei in England verstanden worden, dass fuer das Wohl Europas die deutsch-englische Zusammenarbeit erforderlich sei.

Hierauf antwortete der Fuehrer, dass man das fruecher habe erkennen muessen. Auf den Einwand des Botschafters, dass die Britische Regierung ihre Garantien gegeben habe und ihnen nun auch nachkommen muesse, antwortete der Fuehrer, er habe in der Antwort klargestellt, dass Deutschland nicht die Verantwortung fuer die von England gegebenen Garantien trage, wohl aber England fuer die aus diesen Verpflichtungen entstehenden Folgen. Es sei Englands Sache, sich darueber klarzuwerden. Er habe der Polnischen Regierung mitgeteilt, dass jede weitere Verfolgung der Deutschen in Polen sofort ein Handeln seitens des Reiches nach sich ziehen werde. Wie er andererseits erfahren habe, haette Chamberlain verstaerkte militaerische Vorbereitungen in England vorgesehen. Deutsche Vorbereitungen seien auf reine Defensivmassnahmen beschraenkt. " Sollte ich", so sagte der Fuehrer, von weiteren Massnahmen dieser Art hoeren, die englischerseits heute oder morgen durchgefuehrt werden, so werde ich die sofortige Generalmobilmachung in Deutschland anordnen.

Auf die Bemerkung des Botschafters, dass der Krieg dann unvermeidlich sei, wiederholte der Fuehrer seine Feststellung ueber die Mobilmachung .

Er fuehrte dann aus, dass man in England immer von " vergifteten Atmosphaere" spreche. Tatsache sei, dass die "Atmosphaere" von England "vergiftet" worden sei. Waere England nicht gewesen, so haette er im vergangenen Jahre eine friedliche Einigung mit der Tschecho/Slowakei

H0831-0022

erreicht, und es waere mit Sicherheit auch dieses Jahr mit Polen in der Danzig-Frage dahin gekommen. England allein sei verantwortlich, und ganz Deutschland sei dieser festen Ueberzeugung. Hunderttausende von Volksdeutschen wuerden heute in Polen misshandelt, in Konzentrationslager verschleppt und vertrieben. Hierueber liege ihm ein umfangreiches Material vor, auf dessen Veroeffentlichung er bisher verzichtet habe. Fuer all dieses habe England einen Blankoscheck gegeben, jetzt muesse es dafuer zahlen. Seitdem England die Garantie erklaert habe, habe er, der Fuehrer, einen festen Standpunkt in dieser Frage einnehmen muessen. Er koenne es nicht zulassen, dass wegen einer Laune Englands Zehtausende deutscher Volksgenossen hingeschlachtet wuerden.

Er erinnerte daran, dass Deutschland fruehr mit Polen in einem guten Verhaeltnis gelebt habe, und er habe Polen ein anstaendiges und faires Angebot gemacht. Dieses Angebot sei von den Westmaechten sabotiert worden, und zwar weitgehend, wie schon im Falle der Tschecho-Slowakei, durch Berichte der Militaer-Attaches, die falsche Geruechte einer deutschen Mobilmachung ausgestreut haetten.

Hier wandte der Botschafter ein, dass die Polnische Regierung das deutsche Angebot abgelehnt habe, bevor England die Garantien ausgesprochen habe.

Der Fuehrer fuhr fort, indem er sagte, dass Chamberlain keinen besseren Plan gefunden haben koennte, nun alle Deutschen geschlossen hinter den Fuehrer zu stellen, als dass er fuer Polen und eine polenfreundliche Regelung der Danziger Frage eingetreten sei. Er sehe keine Moeglichkeit auf dem Verhandlungswege, weil er ueberzeugt sei, dass der Britischen Regierung gar nichts an einer solchen Regelung liege. Er koenne nur noch einmal wiederholen, dass in Deutschland die Generalmobilmachung proklamiert werde, falls in England weitere militaerische Massnahmen ergriffen wuerden. Das gleich gelte fuer Frankreich.

Nachdem der Fuehrer betont hatte, dass dies alles noch schriftlich fixiert wuerde, stellte er fest, dass er alles Menschenmoegliche getan habe. England habe sich den Mann, der sein groesster Freund werden wollte, zum Feinde gemacht. Jetzt werde man in England ein anderes Deutschland kennenlernen, als man es sich so viele Jahre vorgestellt habe.

Henderson erwiderte, dass man in England wisse, dass Deutschland stark sei, und es habe es in letzter Zeit oft bewiesen.

Der Fuehrer stellte fest, dass er Polen ein grosszuegiges Angebot gemacht habe, doch habe sich England eingemischt.

Der Fuehrer beschrieb dann, wie er an der gleichen Stelle vor mehreren Monaten mit dem Oberst Beck ueber die gleiche Regelung gesprochen

H0831-0023

habe, der sie damals als zu ploetzlich beyeichnete, aber darin doch eine Moeglichkeit erblickte. Im Maerz habe er seine Vorschlaege wiederholt. Damals, so betonte der Fuehrer, wuerde sich Polen sicherlich bereit erklaert haben, wenn nicht England sich dazwischen gestellt haette. Die englische Presse habe damals geschrieben, dass nun die Freiheit Polens und auch Rumaeniens bedroht sei.

Der Fuehrer fuehrte dann aus, dass er bei dem geringsten polnischen Versuch, noch weiterhin gegen Deutsche oder gegen Danzig vorzugehen, sofort eingreifen werde, ferner, dass eine Mobilmachung im Westen mit einer deutschen Mobilmachung beantwortet werden wuerde.

Der Botschafter Henderson: " Jst das eine Drohung? - Der Fuehrer: Nein, eine Schutzmassnahme: " -

Er stellte dann fest, dass die Britische Regierung alles andere einer Zusammenarbeit mit Deutschland vorgezogen habe. Sie haette sich vielmehr in ihrem Vernichtungswillen an Frankreich, an die Tuerkei, an Moskau gewandt.

Der Botschafter beteuerte demgegenueber, dass England Deutschland nicht vernichten wolle.

Der Fuehrer entgegnete, dass er dennoch der festen Ueberzeugung sei; darum habe er fuer 9 Milliarden einen Westwall gebaut, um Deutschland vor dem Angriff von Westen zu schuetzen.

Henderson wies darauf hin, dass der Umschwung in der englischen Auffassung seit dem 15. Maerz eingetreten sei, worauf der Fuehrer entgegnete, dass Polen sich aus eignen Jnteresse ueber die Karpatho-Ukraine erregt habe. Ferner seien die inneren Zustaende in der Tschecho-Slowakei fuer Deutschland untragbar geworden. Schliesslich seien Boehmen und Maehren von Deutschen und nicht von Englaendern kultiviert worden. Er sei ueberzeugt, dass die tschechische Loesung die beste sei. Praesident Hacha sei gleucklich gewesen, einen Ausweg aus der Krise zu sehen, den Englaendern natuerlich sei es gleichgueltig, ob im Herzen Mitteleuropas geschossen wurde

Schliesslich versicherte der Fuehrer dem Botschafter, dass er ihm keinen Vorwurf zu machen habe, und dass er seinen persoenlichen Einsatz fuer die deutsch-englische Freundschaft stets zu schaetzen gewusst habe.

Der Botschafter wies auf die grosse Tragoedie hin, die sich nun abspielen werde, worauf der Fuehrer feststellte, dass, falls es zum Kriege komme, es ein Krieg auf Leben und Tod sein wuerde, ausgehend von englischen Absichten in dieser Richtung. England habe dabei mehr zu verlieren.

Henderson bemerkte, dass nach Clausewitz der Krieg immer Ueberraschungen bringe, er wisse nur, dass jeder seine Pflicht tun werde.

Der Fuehrer sagte, dass Deutschland niemals etwas zum Schaden Englands unternommen habe, trotzdem stellte sich England gegen
land.

H0831 - 0024

Er verwies nochmals auf die Frage von Danzig und Polen, bei der England den Standpunkt einnahm, "lieber Krieg als etwas zum Vorteil Deutschlands."

Henderson stellte fest, dass er sein Bestes getan habe. Er habe kuerzlich einem Reichsminister geschrieben, dass der Fuehrer, der 10 Jahre gebraucht habe, um Deutschland zu gewinnen, England auch laenger Zeit lassen musse.

Der Fuehrer stellte fest, dass die Tatsache, dass England sich in der Danziger-Frage gegen Deutschland gestellt hatte, das deutsche Volk tief erschuettert habe.

Henderson wandte ein, man habe sich nur gegen den Grundsatz der Gewalt gestellt, worauf ihm der Fuehrer entgegenhielt, ob etwa England fuer irgendeine der Versailler Idiotien jemals eine Loesung auf dem Verhandlungswege gefunden habe.

Der Botschafter hatte hierauf nichts zu entgegnen und der Fuehrer stellte fest, dass nach einem deutschen Sprichwort zum Lieben immer zwei gehoeren.

Henderson betonte sodann, dass er persoenlich nie an einen englisch-franzoesisch-russischen Pakt geglaubt habe. Es sei seine Absicht, dass Russland durch die Verzoegerung nur Chamberlain loswerden und dann durch einen Krieg profitieren wollte. Ihm persoenlich sei es lieber, dass Deutschland mit Russland einen Vertrag habe, als dass es England tue.

Der Fuehrer antwortete: " Irren Sie sich nicht. Es wird ein langer Vertrag werden."

Mit der Feststellung des Fuehrers, dass dem Botschafter am Nachmittag die schriftliche Antwort uebergeben werden wuerde, schloss die Unterredung.

von Loesch

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgefuehrten Schriften, die mir im Original vorlagen wird bestaetigt.
Nuernberg,.....Maerz 1946

gez. M. Horn

H0831 - 0025

" Exhibit Ri. Nr. 2oo "

Abschrift aus dem Weissbuch
des Auswaertigen Amts 1939 Nr. 2
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 454

Der Britische Premierminister Chamberlain an den Fuehrer, 22. Aug. 1939

(Uebersetzung)

Euer Exzellenz ! London, den 22. August 1939

Euer Exzellenz werden bereits von gewissen Massnahmen Kenntnis erhalten haben, die von Seiner Majestaet Regierung getroffen und heute abend in der Presse und im Rundfunk bekanntgegeben wurden.

Diese Massnahmen sind nach Ansicht Seiner Majestaet Regierung notwendig geworden durch Truppenbewegungen, ueber die aus Deutschland berichtet worden ist, und durch die Tatsache, dass anscheinend die Ankuendigung eines deutsch-sowjetischen Abkommens in gewissen Kreisen in Berlin als Anzeichen dafuer aufgefasst wird, dass eine Intervention seitens grossbritanniens zugunsten Polens nicht mehr eine Eventualitaet darstellt, mit der zu rechnen notwendig ist. Kein groesserer Fehler koennte begangen werden. Welcher Art auch immer das deutsch-sowjetische Abkommen sein wird, so kann es nicht Grossbritannions Verpflichtung gegnueber Polen aendern, wie Seiner Majestaet Regierung wiederholt oeffentlich und klar dargelegt hat, und diese entschlossen ist, zu erfuellen.

Es ist behauptet worden, dass Seiner Majestaet Regierung ihren Standpunkt im Jahre 1914 klarer dargelegt haette, grosse Katastrophe vermieden worden waere. Unabhaengig davon, ob dieser Behauptung Bedeutung beizulegen ist oder nicht, ist Seiner Majestaet Regierung entschlossen, dafuer zu sorgen, dass im vorliegenden Falle kein solch tragisches Missverstaendnis entsteht.

Noetigenfalls ist Seiner Majestaet Regierung entschlossen und bereit, alle ihr zur Verfuegung stehenden Kraefte unverzueglich einzusetzen, und es ist moeglich, das Ende einmal begonnener Feindseligkeiten abzusehen. Eswuerde eine gefaehrliche Taeuschung sein, zu glauben, dass ein einmal begonnener Krieg fruehzeitig enden wuerde, selbst wenn ein Erfolg auf einer der verschiedenen Fronten an denen er gefuehrt werden wird, erzielt worden sein sollte.

Nachdem unser Standpunkt auf diese Weise vollkommen klar dargelegt ist, moechte ich Euer Exzellenz wiederholt meine Ueberzeugung dahingehend zum Ausdruck bringen, dass Krieg zwischen unseren beiden Voelkern die groesste Katastrophe darstellen wuerde, die ueberhaupt eintreten koennte. Ich bin ueberzeugt, dass weder unser Volk noch das Ihrige einen Krieg wuenscht, und ich kann nicht ersehen, dass die zwischen Deutschland und Polen schwebenden Fragen irgend etwas

Dok. Nr. 454 " Exhibit Ri. Nr....."

enthalten, das nicht ohne Gewalt geloest werden koennte und sollte, wenn nur ein Zustand des Vertrauens wiederhergestellt werden koennte, der es ermoeglichen wuerde, Verhandlungen in einer besseren als der heute bestehenden Atmosphaere zu fuehren.

Wir sind immer bereit gewesen und werden es auch stets sein, zu der Schaffung von Bedingungen beizutragen, in denen solche Verhandlungen stattfinden koennten und in denen es moeglich sein wuerde, gleichzeitig jene groesseren, zukuenftige internationale Beziehungen beruehrender Probleme zu eroertern, einschliesslich die uns und Euer Exzellenz interessierenden Angelegenheiten.

In dem heute bestehenden Spannungszustande nehmen jedoch die Schwierigkeiten zu, die friedlichen Verhandlungen im Wege stehen, und je laenger diese Spannung aufrechterhalten wird, desto schwerer wird sich die Vernunft durchzusetzen vermoegen.

Diese Schwierigkeiten koennten jedoch gemildert, wenn nicht beseitigt werden, wenn ueber einen anfaenglichen Zeitraum auf beiden Seiten erhobenen Beschwerden bezueglich der Behandlung von Minderheiten zu untersuchen und in Angriff zu nehmen, geeignete Bedingungen geschaffen sein wuerden fuer die Aufnahme von direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen ueber die zwischen ihnen bestehenden Fragen (unter Mitwirkung eines neutralen Vermittlers, sollten beide Parteien dies fuer zweckmaessig erachten).

Ich fuehle mich jedoch verpflichtet, zu sagen, dass nur eine geringen Hoffnung bestehen wuerde, solche Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen, wenn es nicht von Anfang an feststuende, dass ein zu erreichendes Abkommen bei seinem Abschluss von anderen Maechten garantiert werden wuerde. Seiner Majestaet Regierung wuerde bereit sein, wenn der Wunsch dazu ausgesprochen werden sollte, zu der wirksamen Durchfuehrung solcher Garantien nach ihrem Vermoegen beizutragen.

In diesem Augenblick gestehe ich, dass ich keinen anderen Weg sehe, eine Katastrophe zu vermeiden, die Europa in den Krieg fuehren wird.

Im Hinblick auf die schweren Folgen fuer die Menschheit, die aus einer Handlung ihrer Herrscher entstehen koennen, vertraue ich darauf, dass Euer Exzellenz mit tiefster Ueberlegung die Ihnen von mir dargelegten Gesichtspunkte abwaegen werden.

Neville Chamberlain

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgefuehrten Abschriften, die mir im Original vorlagen, wird bestaetigt.

Nuernberg,.....Maerz 194

gez. M. Horn.

H0831-0026

Abschrift aus dem Weissbuch
des Auswaertigen Amts 1939 Nr. 2
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 456

Der Fuehrer an den Britischen Premierminister Chamberlain, 23. Aug. 1939

Den 23. August 1939

Euer Exzellenz !

Der Koeniglich Britische Botschafter hat mir soeben ein Schreiben ueberreicht, in dem Eure Exzellenz namens der Britischen Regierung auf eine Reihe von Punkten hinweisen, die Ihrer Auffassung nach von groesster Wichtigkeit seien.

Ich darf dieses Ihr Schreiben wie folgt beantworten:

1. Deutschland hat niemals Konflikte mit England gesucht und sich nie in englische Interessen eingemischt. Es hat sich im Gegenteil - wenn auch leider vergebens - jahrelang bemueht, die englische Freundschaft zu erwerben. Es hat aus diesem Grunde freiwillige Begrenzungen seiner eigenen Interessen in einem grossen Gebiet Europas vorgenommen, die ansonst nationalpolitisch nur sehr schwer tragbar waeren.

2. Das Deutsche Reich besitzt aber - wie jeder andere Staat - bestimmte Interessen, auf die Verzicht zu leisten, unmoeglich ist. Sie liegen nicht ausserhalb des Rahmens der durch die fruehere deutsche Geschichte gegebenen und durch wirtschaftliche Lebensvoraussetzungen bedingten Notwendigkeiten. Einige dieser Fragen besassen und besitzen zugleich eine nationalpolitisch und psychologisch fuer jede Deutsche Regierung zwingende Bedeutung.

Zu ihnen gehoeren die deutsche Stadt Danzig und das damit im Zusammenhang stehende Problem des Korridors. Zahlreiche Staatsmaenner, Geschichtsforscher und Literaten, auch in England, waren sich wenigstens noch vor wenigen Jahren dessen bewusst. Hinzufuegen moechte ich noch, dass alle diese Gebiete, die in der vorher erwaehnten deutschen Interessensphaere liegen, und insbesondere, die seit 18 Monatenzum Reich zurueckgekehrten Laender ihre kulturelle Erschliessung nicht durch Englaender, sondern ausschliesslich durch Deutsche erhalten haben, und zwar zum Teil schon in und seit einer Zeit, die ueber tausend Jahre zurueckliegt.

3. Deutschland war bereit, die Frage Danzig und die des Korridors durch einen wahrhaft einmalig grosszuegigen Vorschlag auf dem Wege von Verhandlungen zu loesen. Die von England ausgestreuten Behauptungen von Aggressionsbestrebungen gegnueber Rumaenien, Ungarn usw., sowie die spaeter abgegebenen sogenannten Garantieerklaerungen hatten die Geneigtheit der Polen zu Verhandlungen auf einer solchen auch fuer Deutschland tragbaren Basis beseitigt.

4. Die von England Polen gegebene Generalzusicherung, ihm unter allen Umstaenden beizustehen, ganz gleich, aus welchen Ursachen ein Konflikt entstehen koennte, konnte in diesem Lande nur als eine Ermunterung

H0831-0027

aufgefasst werden, nunmehr -, gedeckt durch einen solchen Freibrief - eine Welle furchtbaren Terrors gegen die 1 1/2 Millionen zaehlende Bevoelkerung, die in Polen lebt, anlaufen zu lassen. Die Greuel, die seitdem dort stattfinden, sind fuer die Betroffenen entsetzlich, fuer das dabei zusehen sollenden Deutsche Reich als Grossmacht unertraeglich. Der Freien Stadt Danzig gegenueber hat polen zahlreiche Rechtsverletzungen begangen, Forderungen ultimativen Charakters geschickt und mit der wirtschaftlichen Abdrosselung begonnen.

5. Die Deutsche Reichsregierung hat der Polnischen Regierung nun vor kurzem mitteilen lassen, dass sie nicht gewillt ist, diese Entwicklung stillschweigend hinzunehmen, dass sie nicht dulden wird, dass weitere ultimative Noten an Danzig gerichtet werden, dass sie nicht dulden wird, dass man die Verfolgungen des deutschen Elements fortsetzt, dass sie ebenso nciht dulden wird, durch wirtschaftliche Massnahmen die Freie Stadt Danzig umzubringen, das heisst, durch eine Art von Zollblockkade der Danziger Bevoelkerung die Lebensgrundlagen zu vernichten, und dass sie auch nicht dulden wird, dass sich sonstige weitere Provokationsakte gegen das Reich ereignen. Unabhaengig davon muessen und werden die Fragen des Korridors und von Danzig ihre Loesung finden.

6. Sie teilen mir, Exzellenz, im Namen der Britischen Regierung mit, dass Sie in jedem solchen Fall des Einschreitens Deutschlands gezwungen sein werden, Polen Beistand zu leisten. Ich nehme diese Ihre Erklaerung zur Kenntnis und versichere Ihnen, dass sie keine Aenderung in die Entschlossenheit der Reichsregierung bringen kann, die Interessen des Reiches in dem in Punkt 5 mitgeteilten Sinn wahrzunehmen. Ihre Versicherung , dass Sie in einem solchen Fall an einen langen Krieg glauben, teile ich ebenfalls.Deutschland ist - wenn es von England angegriffen wird - darauf vorbereitet und dazu entschlossen. Ich habe schon oefter als einmal vor dem Deutschen Volk und der Welt erklaert, dass es ueber den Willen des neuen Deutschen Reiches keinen Zweifel geben koenne, lieber jede Not und jedes Unglueck und auf jede Zeit auf sich zu nehmen, als seine nationalen Interessen oder gar seine Ehre preiszugeben.

7. Die Deutsche Reichsregierung hat Kenntnis davon bekommen, dass die Britische Regierung beabsichtigt, Mobilmachungsmassnahmen durchzufuehren, deren eindeutiger Charakter, als nur gegen Deutschland gerichtet, nach den eigenen Erklaerungen in Ihrem Schreiben an mich, Herr Ministerpraesident, feststeht. Dies soll auch fuer Frankreich zutreffen. Da Deutschland niemals die Absicht hatte, sei es gegen England oder gegen Frankreich, militaerische Massnahmen ausser solchen defensiver Natur zu treffen, und - wie schon betont - nie beabsichtigte und auch fuer die Zukunft nicht beabsichtigt, England oder Frankreich anzugreifen, kann es sich in dieser Ankuendigung, wie Sie sie, Herr Ministerpraesident, in Ihrem Schreiben mir bestaetigen, nur um einen in Aussicht genommenen Akt der Bedrohung des Reiches handeln. Ich teile daher Euer Exzellenz mit, dass ich im Falle des Eintreffens dieser militaerischen Ankuendigungen die sofortige Mobilmachung der deutschen Wehrmacht anordnen werde.

H0831-0028

8. Die Frage der Behandlung der europaeischen Probleme im friedlichen Sinn kann nicht von Deutschland entschieden werden, sondern in erster Linie von henen, die sich seit dem Verbrechen des Versailler Diktats jeder friedlichen Revision beharrlich und konsequent widersetzt haben. Erst nach der Aenderung der Gesinnung der dafuer verantwortlichen Maechte kann auch eine Aenderung des Verhaeltnisses zwischen England und Deutschland in einem positiven Sinne eintreten. Ich habe Zeit meines Lebens fuer eine deutsch-englische Freundschaft gekaempft, bin aber durch das Verhalten der britischen Diplomatie - wenigstens bisher - von der Zwecklosigkeit eines solchen Versuches ueberzeugt worden.
Wenn sich dies in der Zukunft aendern wuerde, koennte niemand gluecklicher sein als ich.

Adolf H i t l e r .

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgefuehrten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestaetigt.

Nuernberg,.....Maerz 1946

gez. M.Horn.

H0831 - 0029

" Exhibit Ri. Nr. 2o2 "
431

Abschrift aus dem Weissbuch
des Auswaertigen Amts 1939 Nr. 2
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 457

Erklaerung des Fuehrers gegnueber dem Britischen Botschafter
25. August 1939 13.3o Uhr.

Der Fuehrer erklaerte einleitend, dass der Britische Botschafter am Schluss der letzten Unterredung der Hoffnung Ausdruck gegeben habe, dass doch noch eine Verstaendigung zwischen Deutschland und England moeglich sein wird. Er, der Fuehrer, habe sich daraufhin die Dinge noch einmal durch den Kopf gehen lassen und wolle heute England gegenueber einen Schritt unternehmen, der genau so entscheidend sei wie der Schritt Russland gegenueber, der zu der kuerzlichen Vereinbarung gefuehrt habe.

Auch die gestrige Unterhaussitzung bezw. die Reden Chamberlain und Lord Halifax haetten den Fuehrer veranlasst, noch einmal mit dem Britischen Botschafter zu sprechen. Die Behauptung, dass Deutschland die Welt erobern wolle, ist laecherlich. Das Britische Imperium umfasst 4o Millionen qkm, Russland 19 Mill. qkm, Amerika 9 1/2 Mill. qkm, waehrend Deutschland noch nicht 6oo ooo qkm umfasst. Wer also die Welt erobern will, ist klar.

Der Fuehrer teilt dem Britischen Botschafter folgendes mit:

1. Die polnischen Akte der Provokation sind untertraeglich geworden, gleich wer verantwortlich ist. Wenn die polnische Regierung die Verantwortung bestreitet, so beweist dies nur, dass sie selbst keinen Einfluss mehr auf ihre militaerischen Unterorgane besitze. In der letzten Nacht seien wieder 21 neue Grenzzwischenfaelle erfolgt, auf deutscher Seite habe man groesste Disziplin gewahrt. Alle Zwischenfaelle seien von der polnischen Seite hervorgerufen worden. Ausserdem wurden Verkehrsflugzeuge beschossen. Wenn die polnische Regierung erklaere, nicht verantwortlich dafuer zu sein, so beweise dies, dass es ihr nicht mehr moeglich sei, ihre eigenen Leute im Zaume zu halten.

2. Deutschland sei unter allen Umstaenden entschlossen, diese mazedonischen Zustaende an seiner Ostgrenze zu beseitigen, und zwar nicht nur im Interesse von Ruhe und Ordnung, sondern auch im Interesse des europaeischen Friedens.

3. Das Problem Danzig und Korridor muesse geloest werden. Der Britische Ministerpraesident habe eine Rede ghalten, die nicht im geringsten geeignet sei, einen Wandel in der deutschen Einstellung herbeizufuehren. Aus dieser Rede koenne hoechstens ein blutiger und unuebersehbarer Krieg zwischen Deutschland und England entstehen. Ein solcher Krieg wuerde blutiger sein als der von 1914 bis 1918. Im Unterschied zu dem letzten Kriege wuerde Deutschland keinen Zweifrontenkrieg mehr zu fuehren haben. Das Abkommen mit Russland sei bedingungslos und bedeute eine Wende in der Aussenpolitik des Reiches auf laengste Zeit.

Russland und Deutschland wuerden unter keinen Umstaenden mehr die Waffen gegeneinander ergreifen. Davon abgesehen wuerden die mit Russland getroffenen Abmachungen Deutschland auch wirtschaftlich fuer eine laengste Kriegsperiode sichern.

Dem Fuehrer habe immer an der deutsch- englischen Verstaendigung gelegen. Ein Krieg zwischen England und Deutschland koenne im guenstigsten Fall Deutschland einen Gewinn bringen, England aber ueberhaupt nicht.

Der Fuehrer erklaert, dass das deutsch-polnische Problem geloest werden muesse und geloest werden wuerde. Er ist aber bereit und entschlossen nach der Loesung dieses Problems noch einmal an England mit einem grossen umfassenden Angebot heranzutreten. Er ist ein Mann grosser Entschluesse und wird auch in diesem Fall zu einer grossen Handlung faehig sein. Er bejaht das Britische Imperium und ist bereit, sich fuer dessen Bestand persoenlich zu verpflichten und die Kraft des Deutschen Reiches dafuer einzusetzen, wenn

1. seine kolonialen Forderungen, die begrenzt sind und auf friedlichem Wege ausgehandelt werden koennen, Erfuellung finden, wobei er hier zu einer weitesten Terminbestimmung bereit ist,
2. seine Verpflichtung Italien gegenueber nicht tangiert werden, d.h. mit anderen Worten: Er fordert von England nicht die Preisgabe seiner franzoesischen Verpflichtungen, und koennte sich seinerseits auch nicht von den italienischen Verpflichtungen entfernen.
3. Er wuenscht ebenso den unverrueckbaren Entschluss Deutschlands zu betonen, nie mehr mit Russland in einen Konflikt einzutreten.

Der Fuehrer ist bereit, dann mit England Abmachungen zu treffen, die, wie schon betont, nicht nur die Existenz des Britischen Weltreichs unter allen Umstaenden deutscherseits garantieren wueden, sondern auch, wenn es noetig waere, dem Britschen Reich die Deutsche Hilfe sicherten, ganz gleich, wo immer eine derartige Hilfe erforderlich sein sollte. Der Fuehrer wuerde dann auch bereit sein, ein vernuenftige Begrenzung der Ruestungen zu akzeptieren, die der neuen politischen Lage entsprechen und wirtschaftlich tragbar waeren. Endlich versichert der Fuehrer erneut, dass er an den westlichen Problemen nicht interessiert sei und dass eine Grenzkorrektur im Westen ausserhalb jeder Erwaegung stehe; der mit Milliarden Kosten errichtete Westwall sei die endgueltige Reichsgrenze nach Westen.

Wenn die Britische Regierung diese Gedanken erwaegen wuerde, so koennte sich daraus ein Segen fuer Deutschland und auch fuer das Britische Weltreich ergeben. Wenn sie diese Gedanken ablehnt, wird es Krieg geben. Auf keinen Fall wuerde Grossbritannien aus diesem Krieg staerker hervorgehen; schon der letzte Krieg habe die dies bewiesen.
Der Fuehrer wiederholt, dass er ein Mann grosser und ihn selbst verpflichtender Entschluesse sei und dass dies sein letzter Vorschlag waere. Er werde sofort nach Loesung der deutsch-polnischen Frage mit einem Angebot an die Britische Regierung herantreten.

H0831-0031

H0831 - 0032

Dok 72/69 TC

Uebersetzung des Dokumentes Nr. 69 der Dokumente ueber die deutsch/polnischen Beziehungen und den Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen England und Deutschland am 3. Sept. 1939.

Telegramm von Sir N. Henderson an Viscount Halifax

(Eingang 19 Uhr)

Berlin, 25. August 1939

.....

Abs. 7 Herr Hitler erwaehnte unter anderem die folgenden Punkte :

Die einzigen die aus einem kommenden europaeischen Krieg Gewinn schoepfen wuerden seien die Japaner: Er sei von Natur aus Kuenstler und nicht Politiker und dass nach der Loesung der polnischen Frage er sein Leben als Kuenstler und nicht als Kriegshetzer beschliessen werde; er beabsichtige nicht, Deutschland in eine Kaserne umzuwandeln und wuerde es nur unter Zwang tun; dass wenn nur einmal die politische Frage geloest sei, er selbst Ruhe geben werde; dass er kein Interesse daran habe, Grossbritannien zum Wortbruch Polen gegenueber zu verleiten; dass er sich nicht engstirnig in einem Abkommen mit Polen zu zeigen wuensche und dass er um zu einer Verstaendigung zu kommen nur einer Geste Englands beduerfe, um anzudeuten, dass Polen sich nicht unfuegsam zeigen werde.

Abs. 8 Nachdem ich meinen Abschied genommen hatte, schickte Herr v. Ribbentrop Dr. Schmidt zur Botschaft mit dem Text des muendlichen Bescheides und gleichfalls mit einer Mitteilung Herrn v. Ribbentrops, die besagte, dass Herr Hitler stets ein Einvernehmen mit England wuenschte und es auch noch wuenscht, in der er mich dringend bat, seiner Majestaet Regierung ans Herz zu legen, den Vorschlag sehr ernst zu nehmen.

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Unterschrift
Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

H0831-0033

Ri.Exhibit Nr. 203

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 459

Britisch-Polnischer Vertrag über gegenseitigen Beistand, 25. August 1939

(Übersetzung)

Die Regierung des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Nordirland und die Polnische Regierung

haben in dem Wunsche, die Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern, die sich aus den bereits zwischen ihnen ausgetauschten Zusicherungen gegenseitigen Beistandes defensiver Art ergibt, auf eine dauernde Grundlage zu stellen,

beschlossen, zu diesem Zweck ein Abkommen zu schliessen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Die Regierung des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Nordirland:

den sehr ehrenwerten Viscount Halifax, K.G., G.C.S.J., G.C.J.E., Ersten Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten,

Die Polnische Regierung:

Seine Exzellenz den Grafen Eduard Raczynski, Ausserordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Polnischen Republik in London,

die nach Austausch ihrer für gut und richtig befundenen Vollmachten über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Artikel 1

Sollte eine der Vertragsparteien in Feindseligkeiten mit einer europäischen Macht verwickelt werden, und zwar infolge eines Angriffs der letzteren auf diese Vertragspartei, so wird

H0831 - 0034

die andere Vertragspartei der in Feindseligkeiten verwickelten Vertragspartei sofort jede Unterstützung und jeden Beistand gewähren, die in ihrer Macht stehen.

Artikel 2

(1) Die Bestimmungen von Artikel 1 sind auch dann anwendbar, wenn irgendeine Handlung einer europäischen Macht die Unabhängigkeit einer der Vertragsparteien offensichtlich unmittelbar oder mittelbar bedrohen und so geartet sein sollte, dass die betreffende Partei es für lebenswichtig hielte, ihr mit ihrer bewaffenten Macht Widerstand zu leisten.

(2) Sollte eine der Vertragsparteien in Feindseligkeiten mit einer europäischen Macht verwickelt werden infolge einer Handlung dieser Macht, die die Unabhängigkeit oder Neutralität eines anderen europäischen Staates derart bedrohte, dass darin eine offensichtliche Bedrohung für die Sicherheit der erwähnten Vertragspartei läge, so sind die Bestimmungen von Artikel 1 anwendbar, jedoch unbeschadet der Rechte des anderen beteiligten europäischen Staates.

Artikel 3

Sollte eine europäische Macht versuchen, die Unabhängigkeit einer der Vertragsparteien durch ein Verfahren wirtschaftlicher Durchdringung oder auf irgendeine andere Weise zu untergraben, so werden die Vertragsparteien einander bei dem Widerstand gegen solche Versuche unterstützen. Sollte die betreffende europäische Macht daraufhin Feindseligkeiten gegen eine der Vertragsparteien eröffnen, so sind die Bestimmungen von Artikel 1 anwendbar.

Artikel 4

Die Methoden für die Durchführung der in diesem Abkommen enthaltenen gegenseitigen Beistandsverpflichtungen werden

H0831-0035

zwischen den zuständigen Marine-, Heeres- und Luftwaffenbehörden der Vertragsparteien vereinbart.

Artikel 5

Unbeschadet der obigen Verpflichtungen der Vertragsparteien, einander beim Ausbruch von Feindseligkeiten unverzüglich gegenseitige Unterstützung und gegenseitigen Beistand zu gewähren, werden sie über alle Vorgänge, die ihre Unabhängigkeit bedrohen könnten, und insbesondere über alle Vorgänge, die dazu zu führen drohen, dass die erwähnten Verpflichtungen zur Auswirkung kommen, einen vollständigen und schleunigen Nachrichtenaustausch vornehmen.

Artikel 6

(1) Die Vertragsparteien werden einander die Bedingungen jeglicher Beistandsverpflichtungen gegen Angriffe mitteilen, die sie anderen Staaten gegenüber bereits eingegangen sind oder künftig eingehen sollten.

(2) Sollte eine der Vertragsparteien beabsichtigen, nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens eine derartige Verpflichtung einzugehen, so ist die andere Vertragspartei davon zu benachrichtigen, damit das ordnungsmässige Arbeiten des Abkommens gesichert wird.

(3) Alle neuen Verpflichtungen, die die Vertragsparteien etwa künftig eingehen sollten, sollen weder ihre Pflichten aus diesem Abkommen einschränken, noch mittelbar neue Pflichten zwischen der an diesen Verpflichtungen nicht beteiligten Vertragspartei und dem dritten Staat schaffen.

Artikel 7

Sollten die Vertragsparteien infolge der Durchführung dieses Abkommens in Feindseligkeiten verwickelt werden, so werden sie keinen Waffenstillstand oder Friedensvertrag

H0831 - 0036

schliessen, es sei denn im Einvernehmen miteinander.

Artikel 8

(1) Dieses Abkommen soll für einen Zeitraum von fünf Jahren in Kraft bleiben.

(2) Wird es nicht sechs Monate vor Ablauf dieses Zeitraums gekündigt, so soll es weiter in Kraft bleiben, jede Vertragspartei hat nach diesem Zeitpunkt das Recht, es jederzeit mit sechsmonatiger Frist zu kündigen.

(3) Dieses Abkommen soll mit der Unterzeichnung in Kraft treten.

Zu Urkund dessen haben die eingangs genannten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen in doppelter Ausfertigung in englischer Sprache in London am 25. August 1939. Eine polnische Fassung soll nachträglich zwischen den Vertragsparteien vereinbart werden, und es werden dann beide Texte massgebend sein.

(L.S.) H a l i f a x

(L.S.) Eduard R a c z y n s

Die Richtigkeit der Abschrift
bestätigt:

M. Horn

Dr. Horn
Rechtsanwalt

H0831-0037

Ri.Exhibit Nr. 204

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 458

Aufzeichnung des Direktors der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 25. August 1939

Ich habe weisungsgemäss die Aufmerksamkeit des Britischen Botschafters heute 4 Uhr 15 nachmittags telefonisch auf die in der Abendausgabe der "Berliner Börsenzeitung" von heute und in anderen Abendzeitungen enthaltene Nachricht über das Blutbad bei Bielitz gelenkt, das 8 Tote und zahlreiche Verletzte erfordert hat.

Woermann

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

M. Horn

Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

H0831 – 0038

Exhibit Ri. Nr. 205

Abschrift aus dem Weissbuch
des Auswärtigen Amts 1939 Nr. 2
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 460

Der Französiche Ministerpräsident Daladier an den Führer.

26. August 1939

(Übersetzung)

Paris, den 26. August 1939

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Der Französische Botschafter in Berlin hat mir Ihre persönliche Mitteilung zur Kenntnis gebracht.

In der Stunde, wo Sie von der schwersten Verantwortung sprechen, die zwei Regierungschefs unter Umständen übernehmen können, das heisst, das Blut von zwei grossen Völkern, die sich nur nach Frieden und Arbeit sehnen, zu vergiessen, bin ich Ihnen persönlich und unseren beiden Völkern schuldig zu sagen, dass das Schicksal des Friedens noch in Ihren Händen liegt.

Sie können weder an meinen Gefühlen Deutschland gegenüber noch an den friedlichen Gefühlen Frankreichs für Ihre Nation einen Zweifel hegen. Kein Franzose hat mehr als ich selbst getan, um zwischen unseren beiden Völkern nicht nur den Frieden, sondern eine aufrichtige Mitarbeit in ihrem eigenen Interesse, sowie im Interesse Europas und der Welt zu bekräftigen.

Es sei denn, Sie trauen dem französichen Volke einen weniger hohen Begriff der Ehre zu, als ich selber dem deutschen Volke anerkenne, so können Sie nicht bezweifeln, dass Frankreich seine Verpflichtungen anderen Mächten gegenüber treu erfüllt, Mächten, wie zum Beispiel Polen, die davon bin ich überzeugt, mit Deutschland in Frieden leben wollen.

Diese beiden Überzeugungen sind vollkommen vereinbar.

Bis heute gibt es nichts, das eine friedliche Lösung der internationalen Krise in Ehren und Würden für alle Völker verhindern könnte, wenn auf allen Seiten der gleiche Friedenswille besteht.

Mit dem guten Willen Frankreichs bekunde ich denjenigen aller seiner Verbündeten. Ich übernehme selbst die Garantie für diese Bereitschaft, die Polen immer gezeigt hat für die gegenseitige Anwendung eines Verfahrens des freien Ausgleichs wie man es sich vorstellen kann zwischen den Regierungen zweier souveräner Nationen. Mit dem besten Gewissen kann ich Ihnen die Versicherung geben, dass es unter den zwischen Deutschland und Polen mit Bezug auf die Danziger Frage entstandenen Differenzen keine gibt, die nicht einem solchen Verfahren unterbreitet werden könnte zwecks einer friedlichen und gerechten Lösung.

H0831 - 0039

Exhibit Ri. Nr. 205

Dok. Nr. 460 - 2 -

Auf meine Ehre kann ich auch bekunden, dass es in der klaren und aufrichtigen Solidarität Frankreichs mit Polen und seinen Verbündeten nichts gibt, das die friedliche Gesinnung meines Vaterlandes irgendwie beeinträchtigen könnte. Diese Solidarität hat uns niemals daran gehindert und hindert uns auch heute nicht, Polen in dieser friedlichen Gesinnung zu erhalten.

In einer so schweren Stunde glaube ich aufrichtig, dass kein edelgesinnter Mensch es verstehen könnte, dass ein Krieg der Zerstörung unternommen würde, ohne dass ein letzter Versuch einer friedlichen Lösung zwischen Deutschland und Polen stattfindet. Ihr Friedenswille könnte sich in aller Bestimmtheit dafür einsetzen, ohne der Deutschen Ehre irgendwie Abbruch zu tun. Ich, als Chef der Französischen Regierung der ich eine gute Harmonie zwischen dem französischen und dem deutschen Volke wünsche, und der ich andererseits durch Freundschaftsbande und durch das gegebene Wort mit Polen verbunden bin, bin bereit, alle Anstrengungen zu machen, die ein aufrichtiger Mensch unternehmen kann, um diesen Versuch zu einem guten Ende zu führen.

Sie waren wie ich selbst Frontkämpfer im letzten Kriege. Sie wissen wie ich, welche Abscheu und Verurteilung die Verwüstungen des Krieges im Gewissen der Völker hinterlassen haben ganz gleich wie der Krieg endet. Die Vorstellung, die ich mir von Ihrer hervorragenden Rolle machen kann als Führer des Deutschen Volkes auf dem Wege des Friedens, der Vollendung seiner Aufgabe in dem gemeinsamen Werk der Zivilisation entgegen, führt mich dazu, eine Antwort auf diesen Vorschlag zu erbitten.

Wenn das französische und das deutsche Blut von neuem fliesse wie vor 25 Jahren, in einem noch längeren und mörderischeren Krieg, dann wird jedes der beiden Völker kämpfen im Vertrauen auf seinen eigenen Sieg. Siegen werden am sichersten die Zerstörung und die Barbarei.

Daladier

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgeführten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestätigt.

Nürnberg, ... März 1946

gez. M. Horn

H0831 - 0040

Exhibit Ri. Nr. 206

Abschrift aus dem Weissbuch
des Auswärtigen Amts 1939 Nr. 2
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 461

Der Führer an den Französischen Ministerpräsidenten Daladier.
27. August 1939

Berlin, den 27. August 1939

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ich verstehe die Bedenken, die Sie aussprechen. Auch ich habe niemals die hohe Verpflichtung übersehen, die denen auferlegt ist, die über das Schicksal der Völker gestellt sind. Als alter Frontsoldat kenne ich wie Sie die Schrecken des Krieges. Aus dieser Gesinnung und Erkenntnis heraus habe ich mich auch ehrlich bemüht, alle Konfliktstoffe zwischen unseren beiden Völkern zu beseitigen. Ich habe dem französischen Volk eins ganz offen versichert, dass die Rückkehr des Saargebietes die Voraussetzung dazu sein würde. Ich habe nach dieser Rückkehr sofort feierlich meinen Verzicht bekräftigt, auf irgendwelche weiteren Ansprüche, die Frankreich berühren können. Das deutsche Volk hat diese meine Haltung gebilligt. Wie Sie sich selbst bei Ihrem letzten Hiersein überzeugen konnten, empfand und empfindet es gegen den einstigen tapferen Gegner im Bewusstsein seiner eigenen Haltung keinerlei Groll oder gar Hass. Im Gegenteil. Die Befriedigung unserer Westgrenze führte zu einer steigenden Sympathie, jedenfalls von seiten des deutschen Volkes. Einer Sympathie, die sich bei vielen Anlässen geradezu demonstrativ zeigte. Der Bau der grossen Westbefestigungen, der zahlreiche Milliarden verschlang und verschlingt, stellt für Deutschland zugleich ein Dokument der Akzeptierung und Festlegung der endgültigen Reichsgrenze dar. Das Deutsche Volk hat damit auf 2 Provinzen Verzicht geleistet, die einst zum alten Deutschen Reich gehörten, später durch viel Blut erobert und endlich mit noch viel mehr Blut verteidigt wurden. Dieser Verzicht stellt, wie Sie mir, Exzellenz, zugeben müss keine taktische, nach aussen gezeigte Haltung dar, sondern einen Entschluss, der in allen unseren Massnahmen seine konsequente Erhärtung erfuhr. Sie werden mir, Herr Ministerpräsident, nicht einen Fall nennen können, in dem auch nur durch eine Zeile oder eine Rede gegen diese endgültige Fixierung der deutschen Reichsgrenze nach dem Westen hin verstossen worden wäre. Ich glaubte, durch diesen Verzicht und durch d diese Haltung jeden denkbaren Konfliktstoff zwischen unseren beiden Völkern ausgeschaltet zu haben, der zu einer Wiederholung der Tragik von 1914-1918 wurde führen können. Diese freiwillige Begrenzung der deutschen Lebensansprüche im Westen kann aber nicht aufgefasst werden als eine auch auf allen anderen Gebieten geltende Akzeptierung des Versailler Diktats. Ich habe nun wirklich Jahr für Jahr versucht, die Revision wenigstens der unmöglichsten und untragbarsten Bestimmungen dieses Diktats auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Es war dies unmöglich. Dass die Revision kommen musste, war zahlreichen einsichtsvollen Männern aus allen Völkern bewusst und klar. Was immer man nun gegen meine Methode

H0831-0041

anführen kann, was immer man an ihr aussetzen zu müssen glaubt, so darf doch nicht übersehen oder bestritten werden, dass es durch sie möglich wurde, ohne neues Blutvergiessen in vielen Fällen nicht nur für Deutschland befriedigende Lösungen zu finden, sondern dass durch die Art des Verfahrens die Staatsmänner anderer Völker von der für sie oft unmöglichen Verpflichtung enthoben wurden, diese Revision vor ihren eigenen Völkern verantworten zu müssen; denn immerhin eines werden Eure Exzellenz mir zugeben müssen: Die Revision musste kommen. Das Versailler Diktat war untragbar. Kein Franzose von Ehre, auch Sie nicht, Herr Daladier, hätte in einer ähnlichen Lage anders gehandelt als ich. Ich habe nun in diesem Sinne auch versucht, die allerunvernünftigste Massnahme des Versailler Diktats aus der Welt zu schaffen. Ich habe der Polnischen Regierung ein Angebot gemacht, über das das Deutsche Volk erschrocken ist. Kein anderer als ich konnte es überhaupt wagen, mit einem solchen Angebot vor die Öffentlichkeit zu treten. Es konnte daher auch nur einmalig sein. Ich bin nun zutiefst überzeugt, dass, wenn besonders von England aus damals, statt in der Presse gegen Deutschland eine wilde Campagne loszulassen, Gerüchte von einer deutschen Mobilmachung zu lancieren, Polen irgendwie zugeredet worden wäre, vernünftig zu sein, Europa heute und auf 25 Jahre den Zustand des tiefsten Friedens geniessen könnte. So aber wurde erst durch die Lüge von der deutschen Aggression die polnische öffentliche Meinung aufgeregt, der polnischen Regierung die eigenen notwendigen klaren Entschlüsse erschwert und vor allem durch die dann folgende Abgabe des Garantieversprechens der Blick für die Grenze realer Möglichkeiten getrübt. Die Polnische Regierung lehnte die Vorschläge ab. Die polnische öffentliche Meinung begann in der sicheren Überzeugung, dass ja nun England und Frankreich für Polen kämpfen würden, Forderungen zu erheben, die man vielleicht als lächerliche Verrücktheit bezeichnen könnte, wenn sie nicht so unendlich gefährlich wären. Damals setzte ein unerträglicher Terror, eine physische und wirtschaftliche Drangsalierung der immerhin über 1 1/2 Millionen zählenden Deutschen, in den vom Reich abgetretenen Gebieten ein. Ich will hier nicht über die vorgekommenen Scheusslichkeiten sprechen. Allein auch Danzig wurde mit fortgesetzten Übergriffen polnischer Behörden steigend zum Bewusstsein gebracht, dass es scheinbar rettungslos der Willkür einer dem nationalen Charakter der Stadt und der Bevölkerung fremden Gewalt ausgeliefert ist.

Darf ich mir nun die Frage erlauben, Herr Daladier, wie würden Sie als Franzose handeln, wenn durch irgendeinen unglücklichen Ausgang eines tapferen Kampfes eine Ihrer Provinzen durch einen von einer fremden Macht besetzten Korridor abgetrennt würde, eine grosse Stadt - sagen wir Marseille - verhindert würde, sich zu Frankreich zu bekennen und die in diesem Gebiet lebenden Franzosen nun verfolgt geschlagen, misshandelt, ja bestialisch ermordet würden? Sie sind Franzose, Herr Daladier, und ich weiss daher, wie Sie handeln würden. Ich bin Deutscher. Herr Daladier, zweifeln nicht an meinem Ehrgefühl und an meinem Pflichtbewusstsein, genau so zu handeln. Wenn Sie nun dieses Unglück hätten, das wir besitzen, würden Sie dann, Herr Daladier,

Exhibit Ri. Nr. 206

Dok. Nr. 461 - 3 -

verstehen, wenn Deutschland ohne jede Veranlassung dafür eintreten wollte, dass der Korridor durch Frankreich bleibt, dass die geraubten Gebiete nicht zurückkehren dürfen, dass die Rückkehr Marseilles nach Frankreich verboten wird? Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, Herr Daladier, dass Deutschland aus diesem Grunde gegen Sie kämpfen würde, denn ich und alle Welt haben auf Elsass-Lothringen verzichtet, um ein weiteres Blutvergiessen zu vermeiden. Um so weniger würden wir Blut vergiessen, um ein Unrecht aufrechtzuerhalten, das für Sie untragbar sein müsste, wie es für uns bedeutungslos wäre. Alles was Sie in Ihrem Brief, Herr Daladier schreiben, empfinde ich genau so wie Sie. Vielleicht können gerade wir uns als alte Frontsoldaten auf manchen Gebieten am leichtesten verstehen, allein ich bitte Sie, verstehen Sie auch dies: dass es für eine Nation von Ehre unmöglich ist, auf fast 2 Millionen Menschen zu verzichten und sie an seinen eigenen Grenzen misshandelt zu sehen. Ich habe daher eine klare Forderung aufgestellt: Danzig und der Korridor müssen an Deutschland zurück. Die mazedonischen Zustände an unserer Ostgrenze müssen beseitigt werden. Ich sehe keinen Weg, Polen, das sich ja nun im Schutze seiner Garantien unangreifbar fühlt, hier zu einer friedlichen Lösung bewegen zu können. Ich würde aber an einer ehrenvollen Zukunft meines Volkes verzweifeln, wenn wir unter solchen Umständen nicht entschlossen wären, die Frage so oder so zu lösen. Wenn das Schicksal nun dadurch unsere beiden Völker wieder zum Kampfe zwingt, dann würde doch in den Motiven ein Unterschied sein. Ich, Herr Daladier, kämpfe dann mit meinem Volk um die Wiedergutmachung eines uns zugefügten Unrechts, und die anderen um die Beibehaltung desselben. Dies ist um so tragischer, als viele der bedeutendsten Männer auch Ihres eigenen Volkes den Unsinn der Lösung von 1919 ebenso erkannt haben, wie die Unmöglichkeit seiner dauernden Aufrechterhaltung. Ich bin mir im Klaren über die schweren Konsequenzen, die ein solcher Konflikt mit sich bringt. Ich glaube aber, die schwerste würde Polen zu tragen haben, denn ganz gleich, wie auch ein Krieg um diese Frage ausginge, der Polnische Staat von jetzt wäre so oder so verloren.

Dass nun dafür unsere beiden Völker in einen neuen blutigen Vernichtungskrieg eintreten sollen, ist nicht nur für Sie, sondern auch für mich, Herr Daladier, sehr schmerzlich. Ich sehe aber, wie schon bemerkt, von uns aus keine Möglichkeit, auf Polen in einem vernünftigen Sinne einwirken zu können zur Korrektur einer Lage, die für das Deutsche Volk und das Deutsche Reich unerträglich ist.

Adolf Hitler.

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgeführten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestätigt:
Nürnberg, ... März 1946

gez. M. Horn.

H0831-0042

H0831 – 0043

Dok. T C 72

A b s c h r i f t

URKUNDEN BETREFFEND DEUTSCH-POLNISCHE BEZIEHUNGEN UND DEN AUSTAUSCH DER FEINDSELIGKEITEN ZWISCHEN GROSSBRITANNIEN UND DEUTSCHLAND am 3. September 1939

"No. 74" Nr. 463

Dem Führer vom Britischen Botschafter am 28. August 1939 22.30 Uhr übergebenes Memorandum der Britischen Regierung.

(Übersetzung)

Seiner Majestät Regierung hat die ihr vom Herrn Deutschen Reichskanzler durch den Britischen Botschafter in Berlin übermittelte Botschaft empfangen und hat dieselbe mit der ihr gebührenden Sorgfalt geprüft.

1. Seiner Majestät Regierung hat den vom Herrn Reichskanzler zum Ausdruck gebrachten Wunsch, dass Freundschaft die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und dem Britischen Imperium bilden möge, zur Kenntnis genommen, und sie teilt diesen Wunsch voll und ganz. Auch sie glaubt, wie der Herr Reichskanzler, dass, wenn eine vollständige und dauernde Verständigung zwischen diesen zwei Nationen hergestellt werden könnte, es beiden Völkern unermesslichen Segen bringen würde.

2. Die Botschaft des Herrn Reichskanzlers behandelt zwei Gruppen von Fragen – diejenigen, die gegenwärtig Gegenstand von Differenzen zwischen Deutschland und Polen sind, und diejenigen, die die endgültigen Beziehungen zwischen Deutschland und Grossbritannien berühren. Im Zusammenhang mit diesen zuletzt genannten Fragen ersieht Seiner Majestät Regierung, dass der Herr Reichskanzler gewisse Vorschläge angedeutet hat, die er unter einer Bedingung der Britischen Regierung zur Herbeiführung einer allgemeinen Verständigung zu unterbreiten bereit sein würde. Diese Vorschläge sind naturgemäss in sehr allgemeiner Form gehalten und würden eine genauere Definierung erfordern, aber Seiner Majestät Regierung ist voll und ganz bereit, sie mit einigen Zusätzen als Gegenstand von Unterhaltungen anzunehmen, und sie würde bereit sein, wenn die Streitfragen zwischen Deutschland und Polen auf friedlichem Weg beigelegt werden, sobald wie möglich diesbezügliche Besprechungen einzuleiten mit dem aufrichtigen Wunsche, zu einer Verständigung zu gelangen.

H0831-0044

3. Die Bedingung, die der Herr Reichskanzler festlegt, ist, dass eine Lösung der zwischen Deutschland und Polen bestehenden Differenzen vorangehen muss. In dieser Beziehung ist seiner Majestät Regierung vollkommen gleicher Ansicht. Alles hängt jedoch ab von der Art der Lösung und von der Methode, die zur Erzielung derselben angewandt wird. Zu diesen Punkten, deren Wichtigkeit dem Herrn Reichskanzler gegenwärtig sein wird, ist in seiner Botschaft nichts gesagt und Seiner Majestät Regierung fühlt sich gezwungen, darauf hinzuweisen, dass eine Verständigung bezüglich dieser beiden Punkte für die Erzielung eines weiteren Fortschrittes unbedingt notwendig ist. Die Deutsche Regierung wird sich dessen bewusst sein, dass Seiner Majestät Regierung gegenüber Polen Verpflichtungen hat, die sie binden und die einzulösen sie beabsichtigt. Sie könnte nicht wegen irgendeines Grossbritannien angebotenen Vorteils einer Lösung zustimmen, die die Unabhängigkeit eines Staates gefährden würde, dem sie ihre Garantie gegeben hat.

4. Nach Ansicht Seiner Majestät Regierung könnte und sollte eine vernünftige Lösung der Differenzen zwische Deutschland und Polen auf dem Wege der Vereinbarung zwischen den beiden Nationen erzielt werden auf einer Grundlage, die die Sicherstellung der wesentlichen Interessen Polens einbeziehen würde, und Seiner Majestät Regierung erinnert sich, dass der Herr Reichskanzler in seiner Rede am 28. April die Wichtigkeit dieser Interessen für Polen anerkannt hat.

Wie jedoch der Britische Premierminister in seinem Schreiben vom 22. August an den Herrn Reichskanzler zum Ausdruck brachte, ist es nach Ansicht Seiner Majestät Regierung unerlässlich für den Erfolg der Besprechungen, die der Vereinbarung vorangehen würden, dass es im voraus feststünde, dass ein zu erzielendes Abkommen von anderen Mächten garantiert werden würde. Seiner Majestät Regierung würde bereit sein, wenn der Wunsch dazu ausgesprochen werden sollte, zu der wirksamen Durchführung einer solchen Garantie beizutragen.

Nach Ansicht Seiner Majestät Regierung folgt hieraus, dass als nächster Schritt direkte Verhandlungen zwischen der Deutschen und Polnischen Regierung eingeleitet werden sollten auf einer Grundlage, die die obenerwähnten Grundsätze einschliessen würde, nämlich die Sicherstellung der unentbehrlichen Interessen Polens und die Sicherstellung des Abkommens durch eine Internation Garantie. Seiner Majestät Regierung hat bereits eine definitive Zusicherung von der

Polnischen Regierung erhalten, dass diese bereit ist, auf dieser Grundlage in Besprechungen einzutreten, und Seiner Majestaet Regierung hofft, dass die Deutsche Regierung ihrerseits ebenfalls bereit sein wuerde, einem solchen Verfahren zuzustimmen.

Wenn, wie Seiner Majestaet Regierung hofft, solche Besprechungen zu einer Vereinbarung fuehren wuerden, so waere der Weg offen fuer Besprechungen ueber jene breitere und umfassendere Verstaendigung zwischen Grossbritannien und Deutschland, die beide Nationen erstreben.

5. Seiner Majestaet Regierung stimmt mit dem Herrn Reichskanzler darin ueberein, dass eine der hauptsaechlichsten Gefahren in der zwischen Deutschland und Polen bestehenden Lage in Berichten ueber die Behandlung der Minderheiten ihren Ursprung hat. Der gegenwaertige Spannungszustand, zusammen mit den ihn begleitenden Grenzzwischenfaellen, Berichten ueber Misshandlungen und der aufreizenden Propaganda ist eine staendige Gefahr fuer den Frieden. Es ist offensichtlich eine Frage aeusserster Dringlichkeit, dass alle Zwischenfaelle dieser Art unverzueglich und mit fester Hand unterdrueckt werden, und dass die Verbreitung unbestaetigter Geruechte verhindert wird, um eine Frist zu erlangen, in der ohne Provkation auf beiden Seiten eine eingehende Pruefung der Moeglichkeiten einer Loesung unternommen werden koennte. Seiner Majestaet Regierung ist ueberzeugt, dass beide beteiligten Regierungen sich dieser Erwaegung voellig bewusst sind.

6. Seiner Majestaet Regierung hat ihre eigene Haltung gegenueber den besonderen zwischen Deutschland und Polen strittigen Angelegenheiten erschoepfend zum Ausdruck gebracht. Sie vertraut darauf, dass der Herr Reichskanzler nicht glauben wird, dass Seiner Majestaet Regierung, weil sie ihre Verpflichtung gegenueber Polen genau nimmt, aus diesem Grunde nicht bestrebt ist, ihren ganzen Einfluss fuer das Zustandekommen einer sowohl Deutschland wie Polen befriedigenden Loesung einzusetzen.

Dass eine solche loesung erzielt werden sollte, erscheint

H0831 – 0045

447 H0831-0046

Seiner Majestaet Regierung als unbedingt notwendig, nicht nur aus Gruenden, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Loesung selbst entstehen, sondern auch wegen der umfassenderen Erwaegungen, von denen der Herr Reichskanzler mit solcher Ueberzeugung gesprochen hat.

7. Es ist unnoetig, in der vorliegenden Antwort die Vorteile einer friedlichen Loesung hervorzuheben gegenueber einem Entschluss, die in Frage kommenden Probleme mit Waffengewalt zu loesen. Die Folgen eines Entschlusses, Gewalt zu gebrauchen, sind in dem Schreiben des Premierministers vom 22.August an den Herrn Reichskanzler klar dargelegt worden, und Seiner Majestaet Regierung zweifelt nicht daran, dass diese Folgen vom Herrn Reichskanzler genau so klar erkannt werden wie von Seiner Majestaet Regierung selbst.

Andererseits glaubt Seiner Majestaet Regierung, indem sie mit Interesse den in der Botschaft des Herrn Reichskanzlers enthaltenen Hinweis auf eine Begrenzung der Ruestungen zur Kenntnis nimmt, dass, wenn eine friedliche Loesung erreicht werden kann, die Unterstuetzung der Welt zuversichtlich vorausgesetzt werden koennte fuer praktische Massnahmen, die es ermoeglichen wuerden, den Uebergang von einer Vorbereitung zum Kriege auf eine normale Taetigkeit friedlichen Handels sicher und reibungslos durchzufuehren.

8. Eine gerechte Loesung dieser zwischen Deutschland und Polen bestehenden Fragen kann den Weg zum Weltfrieden oeffnen. Das Ausbleiben einer solchen Loesung wuerde die Hoffnung auf eine bessere Verstaendigung zwischen Deutschland und Grossbritanien zerschlagen, wuerde die beiden Nationen in Konflikt bringen und koennte sehr wohl die gesamte Welt in den Krieg stuerzen. Ein solches Ergebnis waere eine Katastrophe ohne Beispiel in der Geschichte.

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. M. Horn
Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

Abschrift aus dem Weissbuch
des Auswärtigen Amts 1939 Nr. 2
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges
Nr. 463

Dem Führer vom Britischen Botschafter am 28. August 1939 22.3o Uhr übergebenes Memorandum der Britischen Deutschen Regierung.

Übersetzung.

Seiner Majestät Regierung hat die ihr vom Herrn Reichskanzler durch den Britischen Botschafter in Berlin übermittelte Botschaft empfangen und hat dieselbe mit der ihr gebührenden Sorgfalt geprüft.

1. Seiner Majestät Regierung hat den vom Herrn Reichskanzler zum Ausdruck gebrachten Wunsch, dass Freundschaft die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und dem Britischen Imperium bilden möge, zur Kenntnis genommen, und sie teilt diesen Wunsch voll und ganz. Auch sie glaubt, wie der Herr Reichskanzler, dass, wenn eine vollständige und dauernde Verständigung zwischen diesen zwei Nationen hergestellt werden könnte, es beiden Völkern unermesslichen Segen bringen würde.

2. Die Botschaft des Herrn Reichskanzlers behandelt zwei Gruppen von Fragen - diejenigen, die gegenwärtig Gegenstand von Differenzen zwischen Deutschland und Polen sind, und diejenigen, die die endgültigen Beziehungen zwischen Deutschland und Grossbritanien berühren. Im Zusammenhang mit diesen zuletzt genannten Fragen ersieht Seiner Majestät Regierung, dass der Herr Reichskanzler gewisse Vorschläge angedeutet hat, die er unter einer Bedingung der Britischen Regierung zur Herbeiführung einer allgemeinen Verständigung zu unterbreiten bereit sein würde. Diese Vorschläge sind naturgemäss in sehr allgemeinen Formen gehalten und würden eine genauere Definierung erfordern, aber Seiner Majestät Regierung ist voll und ganz bereit, sie mit einigen Zusätzen als Gegenstand von Unterhaltungen anzunehmen, und sie würde bereit sein, wenn die Streitfragen zwischen Deutschland und Polen auf friedlichem Wege beigelegt werden, sobald wie möglich diesbezügliche Besprechungen einzuleiten mit dem aufrichtigsten Wunsche, zu einer Verständigung zu gelangen.

3. Die Bedingungen die der Herr Reichskanzler festgelegt, ist, dass eine Lösung der zwischen Deutschland und Polen bestehenden Differenzen vorangehen muss. In dieser Beziehung ist Seiner Majestät Regierung vollkommen gleicher Ansicht. Alles hängt jedoch ab von der Art der Lösung und von der Methode, die zur Erzielung derselben angewandt wird. Zu diesen Punkten, deren Wichtigkeit dem Herrn Reichskanzler gegenwärtig sein wird, ist in seiner Botschaft nichts gesagt, und Seiner Majestät Regierung fühlt sich gezwungen, darauf hinzuweisen, dass eine Verständigung bezügl. dieser beiden Punkte für die Erzielung eines weiteren Fortschrittes unbedingt notwendig ist. Die Deutsche Regierung wird sich dessen bewusst sein, dass Seiner Majestät Regierung gegenüber Polen Verpflichtungen hat, die sie binden und die einzulösen sie beabsichtigt. Sie könnte nicht wegen irgendeines grossbritanien angebotenen Vorteils einer Lösung zustimmen, die die Unabhängigkeit eines Staates gefährden würde, dem sie ihre Garantie gegeben hat.

4. Nach Ansicht Seiner Majestät Regierung könnte und sollte eine vernünftige Lösung der Differenzen zwischen Deutschland und Polen

H0831 - 0047

auf dem Wege der Vereinbarung zwischen den beiden Nationen erzielt worden auf einer Grundlage, die die Sicherstellung der wesentlichen Interessen Polens einbeziehen würde, und Seiner Majestät Regierung erinnert sich, dass der Herr Reichskanzler in seiner Rede am 28. April die Wichtigkeit dieser Interessen für Polen anerkannt hat.

Wie jedoch der Britische Premierminister in seinem Schreiben vom 22. August an den Herrn Reichskanzler zum Ausdruck brachte, ist es nach Ansicht seiner Majestät Regierung unerlässlich für den Erfolg der Besprechungen, die der Vereinbarung vorangehen würden, dass es im voraus feststünde, dass ein zu erzielendes Abkommen von anderen Mächten garantiert werden würde. Seiner Majestät Regierung würde bereit sein, wenn der Wunsch dazu ausgesprochen werden sollte, zu der wirksamen Durchführung einer solchen Ganantie beizutragen.

Nach Ansicht seiner Majestät Regierung folgt hieraus, dass als nächster Schritt direkte Verhandlungen zwishen der Deutschen und Polnischen Regierung eingeleitet werden sollten auf einer Grundlage, die die obenerwähnten Grundsätze einschliessen würde, nämlich die Sicherstellung der unentbehrlichen Interessen Polens und die Sicherstellung des Abkommens durch eine internationale Garantie. Seiner Majestät Regierung hat bereits eine definitive Zusicherung von der Polnischen Regierung erhalten, dass diese bereit ist, auf dieser Grundlage in Besprechungen einzutreten, und Seiner Majestät Regierung hofft, dass die Deutsche Regierung ihrerseits ebenfalls bereit sein würde, einem solchen Verfahren zuzustimmen.

Wenn, wie Seiner Majestät Regierung hofft, solche Besprechungen zu einer Vereinbarung führen würden, so wäre der Weg offen für Besprechungen über jene breitere und umfassendere Verständigung zwischen Grossbritanien und Deutschland, die beide Nationen erstreben.

5. Seiner Majestät Regierung stimmt mit dem Herrn Reichskanzler darin überein, dass eine der hauptsächlichsten Gefahren in der zwischen Deutschland und Polen bestehenden Lage in Berichten über die Behandlung der Minderheiten ihren Ursprung hat. Der gegenwärtige Spannungszustand, zusammen mit den ihn begleitenden Grenzwischenfällen, Berichten über Misshandlungen und der aufreizenden Propaganda ist eine ständige Gefahr für den Frieden. Es ist offensichtlich eine Frage äusserster Dringlichkeit, dass alle Zwischenfälle dieser Art unverzüglich und mit fester Hand unterdrückt werden, und dass die Verbreitung unbestätiger Gerüchte verhindert wird, um eine Frist zu erlangen, in der eine Provokation auf beiden Seiten eine eingehende Prüfung der Möglichkeiten einer Lösung unternommen werden könnte. Seiner Majestät Regierung ist überzeugt, dass beide beteiligten Regierungen sich dieser Erwägung völlig bewusst sind.

6. Seiner Majestät Regierung hat ihre eigene Haltung gegenüber der besondern zwischen Deutschland und Polen strittigen Angelegenheiten erschöpfend zum Ausdruck gebracht. Sie vertraut darauf, dass der Herr Reichskanzler nicht glauben wird, dass Sei-

H0831-0048

Dok. Nr. 463 "Exhibit Ri. Nr. 207

ner Majestät Regierung, weil sie ihre Verpflichtung gegenüber Polen genau nimmt, aus diesem Grunde nicht bestrebt ist, ihren ganzen Einfluss für das Zustandekommen einer sowohl Deutschland wie Polen befriedigenden Lösung einzusetzen.

Dass eine solche Lösung erzielt werden sollte, erscheint Seiner Majestät Regierung als unbedingt notwendig, nicht nur aus Gründen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Lösung selbst entstehen, sondern auch wegen der umfassenderen Erwägung, von denen der Herr Reichskanzler mit solcher Überzeugung gesprochen hat.

7. Es ist unnötig, in der vorliegenden Antwort die Vorteile einer friedlichen Lösung hervorzuheben gegenüber einem Entschluss, die in Frage kommenden Probleme mit Waffengewalt zu lösen. Die Folgen eines Entschlusses, Gewalt zu gebrauchen, sind in dem Schreiben des Premierministers vom 22. August an den Herrn Reichskanzler klar dargelegt worden, und Seiner Majestät Regierung zweifelt nicht daran, dass diese Folgen vom Herrn Reichskanzler genau so klar erkannt werden wie von seiner Majestät Regierung selbst.

Andererseits glaubt Seiner Majestät Regierung, indem sie mit Interesse den in der Botschaft des Herrn Reichskanzlers enthaltenen Hinweis auf eine Begrenzung der Roustungen zur Kenntnis nimmt, dass, wenn eine friedliche Lösung erreicht worden kann, die Unterstützung der Welt zuversichtlich vorausgesetzt werden könnte für praktische Massnahmen, die es ermöglichen würden, den Übergang von einer Vorbereitung zum Kriege auf eine normale Tätigkeit friedlichen Handels sicher und reibungslos durchzuführen.

8. Eine gerechte Lösung dieser zwischen Deutschland und Polen bestehenden Fragen kann den Weg zum Weltfrieden öffnen. Das Ausbleiben einer solchen Lösung würde die Hoffnung auf eine bessere Verständigung zwischen Deutschland und Grossbritannien zerschlagen, würde die beiden Nationen in Konflikt bringen und könnte sehr wohl die gesamte Welt in den Krieg stürzen. Ein solches Ergebnis wäre eine Katastrophe ohne Beispiel in der Geschichte.

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgeführten Schriften, die mir Original vorlagen, wird bestätigt.

Nürnberg, ...März 1946.

gez. M. Horn
Dr. Martin Horn,
Rechtsanwalt.

H0831 - 0049

RI Exh. 2o8

H0831-0050

TRANSLATION (Übersetzung)

Auszüge aus
THe BRITISCH WAR BLUE BOOK
(Miscellaneous Nr. 9 (1o39)

Nr. 73, Seite 161/162

1. Viscount Halifax an Sir H. Kennard (Warschau)
(Telegrafisch) Foreign Office, 28. August 1939, 14 Uhr.

Die von uns vorgeschlagene Antwort an Herrn Hitler machte eine klare Unterscheidung zwischen dem Wege, auf dem eine Einigung in den deutsch-polnischen Streitfragen erreicht werden kann und der Art der Lösung, die erzielt werden soll. Was den Weg anlagt, möchten wir klar zum Ausdruck bringen, dass unserer Ansicht nach direkte Verhandlungen zwischen den Beteiligten auf gleicher Grundlage und das Richtige zu sein scheint.

2. Die polnische Regierung steht unter dem Schutze des englisch-polnischen Vertrages.

3. Die Regierung Seiner Majestät hat bereits klar zum Ausdruck gebracht und wiederholt es in ihrer huutigen Antwort an Herrn Hitler, dass jede Regelung der deutsch-polnischen Differenzen die Lebensinteressen Polens garantieren muss und durch internationale Garantien gesichert werden muss.

4. Wir haben natürlich Berichte über Herrn Hitlers Antwort an M. Daladier gesehen, aber wir würden eine Mitteilung der polnischen Regierung über ihre Bereitwilligkeit zur Einleitung direkter Verhandlungen in keiner Weise dahin auslegen, dass sie die Annahme der Forderungen Herrn Hitlers in sich schlossen, die, wie oben klargestellt, im Lichte der festgestellten Grundsätze geprüft werden müssten.

5. Da die polnische Regierung in ihrer Antwort an Präsident Rossevelt den Gedanken der unmittelbaren Verhandlungen offenbar guthe.isst, hofft die Regierung Seiner Majestät zuv.rsichtlich, dass die polnische Regierung mit Rücksicht auf die im vorangehenden Absatz dargelegten Erwägungen sie ermächtigen wird, die deutsche Regierung davon zu verständigen, dass Polen bereit ist, sofort direkte Verhandlungen mit Deutschland aufzunehmen.

6. Bitte bemühen Sie sich, M. Beck sofort zu sehen und telefonieren Sie mir die Antwort.

Nr. 79, Seite 178/179

2. Sir N. Henderson an Viscount Halifax (eingegangen 21.15 (Telegrafisch) Berlin, 29. August 1939.

Herr Hitler überreichte mir Antwort heute abend um 7.15 Uhr. Übersetzung des vollständigen Textes wird so schnell wie möglich folgend.

2. In Erwiderung zweier britischer Vorschläge, nämlich auf direkte deutsch-polnische Verhandlungen und internationale Garantien für jede Regelung erklärte die deutsche Regierung:

(1) Dass sie trotz ihres Zweifels über die Aussichten eines Erfolges zu direkten Verhandlungen bereit ist und zwar einzig und allein aus dem Wunsche dauernde Freundschaft mit England zu sichern, und

(2) dass die deutsche Regierung im Falle irgendwelcher Gebietsänderungen die Teilnahme an irgendwelchen Garantien nicht zusagen kann ohne die U.S.S.R. zu befragen.

3. Die Note bemerkt, dass die deutschen Vorschläge niemals die Beeinträchtigung polnischer Lebensinteressen zum Gegenstand hatten und erklärt, dass die deutsche Regierung die Vermittlung Grossbritanniens im Hinblick auf den Besuch eines polnischen Bevollmächtigten in Berlin annimmt. Die deutsche Regierung, fügt

H0831-0051

die Note hinzu, rechnet auf die Ankunft eines solchen Bevollmächtigten am morgigen Tage, Mittwoch, den 30. August.

4. Ich bemerkte, dass diese Wendung wie ein Ultimatum klinge, aber nach einigen erregten Bemerkungen versicherten Herr Hitler und Herr von Ribbentrop mir, dass lediglich beabsichtigt war, die Dringlichkeit des Augenblicks zu betonen, indem die beiden voll mobilisierten Heere einander gegenüberstanden.

5. Ich sagte, dass ich den Vorschlag sofort der Regierung Seiner Majestät weiterleiten werde und fragte, ob wenn, ein derartiger polnischer Bevollmächtigter komme, wir annehmen könnten, dass er freundlich empfangen und dass die Verhandlungen auf der Grundlage völliger Gleichheit geführt werden würden. Herrn Hitlers Antwort war "natürlich".

6. Es wurde erklärt, dass die deutschen Forderungen auf Revision des Versailler-Vertrages lautetem: nämlich auf die Rückkehr Danzigs und des Korridors an Deutschland, Sicherheit für das Leben der deutschen völkischen Minderheiten im übrigen Polen; die Note schliesst mit der Feststellung, dass die deutsche Regierung sofort Vorschläge für eine annehmbare Lösung ausarbeiten und die britische Regierung wenn möglich von ihnen vor Ankunft des polnischen Bevollmächtigten in Kenntnis setzen werde.

Nr. 81, Seite 180

3. Viscount Halifax an Sir N. Henderson (Berlin)
(Telegrafisch) Foreign Office, 30. August 1939, 2 Uhr früh.

Wir werden die Antwort der deutschen Regierung sorgfältig erwägen, aber es ist natürlich unvernünftig zu erwarten, dass wir heute einen polnischen Vertreter in Berlin erscheinen lassen

H0831-0052

können, und die deutsche Regierung darf das nicht erwarten.

Es dürfte in Ihrem Interesse sein, dies an zuständiger Stell auf dem richtigen Wege sofort bekanntzugeben. Ich hoffe, dass sie unsere Antwort heute nachmittag erhalten.

---

4. Seite 82, Seite 180/181

Sir N. Henderson an Viscount Halifax (eingegangen 13 Uhr)
(Telegrafisch) Berlin, 30. August 1939.

Ihre Mitteilung ist dem Minister des Auswärtigen heute früh um 4 Uhr zugeleitet worddn. Ich hatte gestern abend Herrn Hitler gegenüber eine ähnliche Bemerkung gemacht, worauf seine Antwort war, dass man von Warschau nach Berlin in ein und einer halben Stunde fliegen könne.

2. Ich wiederholte heute früh die Mitteilung telefonisch gegenüber dem Staatssekretär, der mir sagte, dass sie bereits Herrn Hitler zugeleitet worden sei. Er fügte hinzu, dass so schnell wie möglichetwas geschehen müsse.

3. Ich bin zwar immer noch dafür, dass die polnische Regierung in den sauern Apfel dieses Versuchs in elfter Stunde beissen solle, und unmittelbare Beziehungen mit Herrn Hitler herstellen, wenn auch nur um die Welt zu überzeugen, dass sie bereit war, ihrerseits ein Opfer für die Erhaltung des Friedens zu bringen. Man muss aber aus der deutschen Antwort den Schluss ziehen, dass Herr Hitler entschlossen ist, seine Zwecke auf sogenanntem friedlichen und fairen Wege zu erreichen, wenn er kann, aber auch auf dem Wege der Gewalt, wenn ihm dies nicht möglich ist. Viel wird natürlich auch von dem Ausführungsplan abhängen, der im letzten Abschnitt der deutschen Antwort erwähnt ist.

4. Nichtsdestoweniger scheint es mir, dass wenn man

H0831-0053

Herrn Hitler weiterhin die Initiative überlässt, dies entweder zum Kriege oder dazu führt, dass er durch Einschüchterung wiederum den Sieg davonträgt und sich dadurch ermutigt fühlt, im nächsten oder übernächsten Jahr den gleichen Kurs zu verfolgen.

---

5. Nr. 84, Seite 181/182

Sir H. Kennard an Viscount Halifax (eingegangen 1o Uhr)
(Telegrafisch) Warschau, 3o. August 1939

Ich bin überzeugt, dass es unmöglich ist, die polnische Regierung dazu zu bringen, sofort M. Beck oder einen anderen Vertreter nach Berlin zu schicken, um eine Regelung auf der von Herrn Hitler vorgeschlagenen Grundlage zu erörtern. Sie würde sicherlich lieber kämpfen und untergehen, als sich einer solchen Demütigung zu unterwerden., besonders nach den Beispielen der Tschechoslowakei, Litauen und Österreichs.

2. Ich möchte vorschlagen, dass wenn die Verhandlungen zwischen Gleichberechtigten stattfinden sollen, es dafür wesentlich ist, dass sie an einem neutralen Orte oder evtl. sogar in Italien geführt werden und dass die Grundlage aller Verhandlungen ein Kompromiss zwischen den deutlich definierten Grenzen der deutschen März-Vorschläge und dem status quo auf polnischer Seite sein sollten.

3. Wenn man erwägt, dass die polnische Regierung die März-Bedingungen ablehnte als sie allein stand und als sie in weitgehendem Masse auf den Krieg unvorbereitet war, ist es sicherlich für sie unmöglich, diese Vorschläge, die über die März-Bedingungen hinausgehen, nunmehr anzunehmen, jetzt da sie Grossbritannien zu ihrem Bundesgenossen hat, Frankreich seine Hilfe zugesagt hat und die öffentliche Weltmeinung klar und deutlich unmittelbare Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung wünscht und den Widerstand Polens gegen

H0831-0054

eine diktierte Lösung unterstützt.

4. Ich werde natürlich der polnischen Regierung gegenüber keine Meinungsäusserung abgeben noch werde ich ihr Herrn Hitlers Antwort mitteilen bis ich meine Instruktionen empfangen habe, was hoffentlich unverzüglich geschehen wird.

---

6. Nr. 88/ Seite 183/184

Viscount Halifax an Sir N. Henderson (Berlin)
(Telegrafisch) Foreign Office, 3o. August 1939
18.5o Uhr

Wie wir hören, besteht die deutsche Regierung darauf, dass ein Vertreter Polens mit unbeschränkter Vollmacht zur Entgegennahme der deutschen Vorschläge nach Berlin kommen müsse.

2. Wir können der polnischen Regierung nicht empfehlen, sich diesem Verfahren zu unterziehen, welches völlig unvernünftig ist.

3. Könnten Sie nicht der deutschen Regierung vorschlagen, dass sie den normalen Weg einschlägt und nach Fertigstellung ihrer Vorschläge den polnischen Gesandten einlädt vorzusprechen, ihm ihre Vorschläge zur Übermittelung nach Warschau einhändigt, und um Anregungen für die Führung von Verhandlungen ersucht.

4. Die deutsche Regierung hat freundlicherweise versprochen, dass sie die Vorschläge auch der Regierung Seiner Majestät mitteilen würde. Wenn die letztere der Ansicht ist, dass sie eine brauchbare Grundlage abgeben, wird sie sicherlich ihr Bestes in Warschau tun, um die Verhandlungen zu erleichtern.

H0831-0055

H0831-0056

7. Antwort der Regierung Seiner Majestät auf die Mitteilung des deutschen Reichskanzlers vom 29. August 1939. Diese Antwort wurde Herrn von Ribbentrop am 30. August 1939 um Mitternacht von Sir N. Henderson übergeben.

Die Regierung Seiner Majestät weiss die Tatsache zu würdigen, dass die deutsche Regierung in der in ihrer Antwort erhaltenden Erklärung freundlichst auf ihren Wunsch einer deutsch-englischen Verständigung hinweist, und weiss ebenso den Hinweis zu würdigen, dass diese Erwägung ihre Politik beeinflusst hat.

2. Die Regierung Seiner Majestät bringt wiederholt zum Ausdruck, dass sie den Wunsch der Deutschen Regierung nach einer Verbesserung der Beziehungen durchaus teilt, es ist jedoch dabei zu berücksichtigen, dass sie um dieser Verbesserung willen nicht die Interessen ihrer Freunde preisgeben kann. Sie hat volles Verständnis dafür, dass die Deutsche Regierung Deutschlands Lebensinteressen nicht opfern kann, aber die Polnische Regierung befindet sich in der gleichen Lage, und did Regierung Seiner Majestät glaubt, dass die Lebensinteressen der beiden Länder nicht unvereinbar sind.

3. Die Regierung Seiner Majestät nimmt zur Kenntnis, dass die Deutsche Regierung den britischen Vorschlag annimmt und bereit ist, mit der Polnischen Regierung in unmittelbaren Meinungsaustausch zu treten.

4. Die Regierung Seiner Majestät glaubt annehmen zu dürfen, dass die Deutsche Regierung im Prinzip die Bedingungen annimmt, dass jedwede Regelung zum Gegenstand einer internationalen Garantie gemacht werden sollte. Die Frage, wer sich an einer solchen Garantie beteiligen soll, wird später zu erörtern sein, und die Regierung Seiner Majestät hofft, dass, um Zeitverlust zu vermeiden, die Deutsche Regierung sofort Schritte unternehmen wird, um die Zustimmung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu erreichen, deren Beteiligung an der Garantie die Regierung Seiner Majestät stets vorausgesetzt hat.

5. Die Regierung Seiner Majestät nimmt gleichfalls zur Kenntnis, dass die Deutsche Regierung den Standpunkt der Britischen Regierung hinsichtlich der Lebensinteressen und

der Unabhängigkeit Polens anerkennt.

6. Hinsichtlich besonderer Forderungen, die die Deutsche Regierung in einen früheren Absatz ihrer Antwort anmeldet, muss die Regierung Seiner Majestät einen ausdrücklichen Vorbehalt machen. Sie glaubt zu verstehen, dass die Deutsche Regierung zur Zeit Vorschläge für eine Lösung ausarbeitet. Zweifels ohne werden diese Vorschläge während des Meinungsaustausches sorgfältig geprüft werden. Es kann dann entschieden werden, wie weit diese mit den wesentlichen Bedingungen vereinbart sind, die die Regierung Seiner Majestät bekanntgegeben hat und die anzunehmen die Deutsche Regierung ihre Bereitweilligkeit zum Ausdruck gebracht hat.

7. Die Regierung Seiner Majestät wird die Polnische Regierung sofort von der Antwort der Deutschen Regierung verständigen. Die Art der Fühlungsnahme und die Vorbereitungen für einen Meinungsaustausch müssen selbstverständlich in aller Eile zwischen der Deutschen und der Polnischen Regierung vereinbart werden. Die Regierung Seiner Majestät ist jedoch der Ansicht, dass es untunlich wäre, diese Fühlungnahme schon heute herzustellen.

8. Die Regierung Seiner Majestät erkennt voll an, dass bei der Aufnahme der Verhandlungen Eile geboten ist, und teilt die Befürchtungen des Herrn Reichskanzlers, die sich aus dem Umstand ergeben, dass zwei mobilisierte Armeen sich in aller nächster Nähe gegenüberstehen. Sie möchte daher auf das dringendste nahelegen, dass beide Parteien sich verpflichten, dass während der Verhandlungen keine aggressiven militärischen Bewegungen stattfinden. Die Regierung Seiner Majestät vertraut sich darauf, dass sie von der Polnischen Regierung eine derartige Zusage erhalten würde, wenn die Deutsche Regierung eine gleichartige Versicherung abgeben wollte.

9. Die Regierung Seiner Majestät möchte ferner noch vorschlagen, dass vorläufig ein modus vivendi für Danzig geschaffen wird, um Zwischenfälle zu verhüten, die geeignet wären, di deutschen-polnischen Beziehungen noch schwieriger zu gestalten

H0831-0057

Nr. 90 459

8. Viscount Halifax an Sir H. Kennard (Warschau).
(an Sir H. Kennard gesandt am 30. August und ausgeführt in den frühen Morgenstunden des 31. August)
(Telegrafisch) Foreign Office, 30. August 1939

Mein Telegramm nach Berlin enthält den Text der Antwort Seiner Majestät Regierung auf die deutsche Mitteilung, die Ihnen wiederholt worden ist.

2. Bitte teilen Sie ihn M. Beck mit.

Dabei weisen Sie bitte auf Folgendes hin: der erste Teil der Antwort der deutschen Regierung besteht aus einer unvertretbaren und irreführenden Darstellung des deutschen Standpunktes. Der wirklich wichtige Teil der Antwort aber besteht in der Annahme des Vorschlages direkte Verhandlungen einzuleiten, in dem Vorschlag der angeregten internationalen Garantie und in Deutschlands Versicherung, dass es beabsichtige, die Lebensinteressen Polens zu respektieren.

3. Es ist vielleicht unnötig, in diesem Zeitpunkt Einwendungen gegen vieles in der deutschen Antwort zu erheben, was die Regierung Seiner Majestät mit ebenso kritischen Augen betrachten wird, wie dies zweifellos die polnische Regierung tun wird. Aber die Regierung Seiner Majestät hat einen ausdrücklichen Vorbehalt mit Hinblick auf die Behauptung gemacht, die in der deutschen Note hinsichtlich der bestimmten Forderungen vorgebracht worden ist. Der Punkt, der eine sofortige Stellungnahme zu verlangen schien, war die deutsche Forderung, dass sich am heutigen Tage ein polnischer Vertreter in Berlin einfinden müsse. M. Beck wird sehen, welchen Standpunkt wir gestern abend in dieser Frage eingenommen haben (s. mein Telegramm nach Berlin) und die weitere Bezugnahme, die wir in unserer Antwort auf die letzte Mitteilung

H0831-0058

der deutschen Regierung in diesem Punkte gemacht haben. Die deutsche Regierung entwirft jetzt Vorschläge für eine Lösung, und die Entscheidung über das künftige Vorgehen wird unter Berücksichtigung dieser Vorschläge und der übrigen Entwicklung zu erfolgen haben, darunter auch der Ort und die näheren Umstände für die Verhandlungen.

4. M. Beck kann aus der Antwort der Regierung Seiner Majestät ersehen, dass ein militärischer Stillstand während der Verhandlungen in Vorschlag gebracht worden ist, gegen den, wie die Regierung Seiner Majestät zuversichtlich hofft, die polnische Regierung keine Einwendung erheben wird.

5. Seiner Majestät Regierung wird es begrüssen, die Ansicht der polnischen Regierung mit Beschleunigung kennen zu lernen. Im Hinblick darauf, dass die polnische Regierung die Regierung Seiner Majestät ermächtigt hat, ihre Bereitschaft, mit der deutschen Regierung in unmittelbare Verhandlungen zu treten, zum Ausdruck zu bringen, gibt sich Seiner Majestät Regierung der Hoffnung hin, dass die polnische Regierung hierzu ohne Verzug bereit ist, sofern eine befriedigende Verständigung über die Methode und die allgemeinen Anordnungen für die Verhandlungen erzielt werden kann. Wir halten es in Hinblick auf die innere Lage in Deutschland und auf die Weltmeinung für äusserst wichtig, dass, solange die
deutsche Regierung sich bereit erklärt zu verhandeln, ihr keine Gelegenheit gegeben wird, die Verantwortung für einen Konflikt mit Polen von sich abzuschieben.

6. Sie müssen natürlich betonen, dass die Regierung Seiner Majestät Herrn Hitler gegenüber deutlich erklärt hat, dass sie unabänderlich entschlossen ist, die von ihr übernommenen Ver-

H0831-0059

pflichtungen rückhaltlos zu erfüllen. Über diesen Punkt ist in Berlin kein Missverständnis möglich. Die Stellung der polnischen Regierung ist von ihrer Stellung im letzten März wesentlich verschieden, da sie jetzt die Unterstützung der unmittelbaren britischen Garantie und der britischen Teilnahme bei der Garantie einer Erledigung besitzt, die auf der von uns angedeuteten Grundlage erreicht wird und da sich die Unterredungen unter diesen Umständen abspielen würden.

Die Richtigkeit der Abschrift bestätigt:

Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt.

H0831-0060

Nr.92

9. Sir Henderson an Viscount Halifax (eingegangen 9.30 Uhr)
(Telegrafisch) Berlin, 30. August 1939

Ich sagte Herrn von Ribbentrop heute Abend, es falle Seiner Majestät Regierung schwer, der polnischen Regierung zur Annahme des in der deutschen Antwort skizzierten Verfahrens zu raten und dass ich vorschlage, er solle den normalen Kontakt herstellen, d.h. dass den Polnischen Gesandten nach Fertigstellung der deutschen Vorschläge zum Besuch aufzufordern und ihm die Vorschläge zur Übermittlung an seine Regierung mit dem Ziel der Eröffnung unmittelbarer Verhandlungen zu übergeben. Ich fügte hinzu, dass, wenn die Grundlage Aussichten auf eine Regelung gewähre, man darauf rechnen könne, dass die Regierung Seiner Majestät ihr Bestes tun werde, um vorläufige Verhandlungen einzuleiten.

2. Als Antwort produzierte Herr Ribbentrop ein langes Dokument, das er laut und mit höchster Geschwindigkeit in deutscher Sprache vorlas. In der Annahme, dass er es mir schließlich aushändigen werde, machte ich nicht den Versuch, allzugenau die sechzehn oder mehr Artikel, die das Dokument enthielt, zu verfolgen. Ich kann zwar deshalb für Genauigkeit keine Gewähr übernehmen, die Hauptpunkte aber waren: Zurückerstattung Danzigs an Deutschland, Südgrenze des Korridors sollte die Linie Marienwerder, Graudenz, Bromberg und Schönlanke sein. Eine Volksabstimmung sollte im Korridor stattfinden und zwar auf Grundlage der Bevölkerungsverhältnisse am 1. Januar 1919, wobei die absolute Mehrheit entscheiden sollte. Bis zum Ausgang der Volksabstimmung solle eine internationale Kommission, bestehend aus Engländern, Franzosen, Italienern und Russen den Schutz des Korridors übernehmen

H0831-0061

und den wechselseitigen Verkehr mit Danzig und Gdingen garantieren; Gdingen solle Polen vorbehalten werden, Danzig sollte eine reine Handelsstadt und entmilitarisiert werden.

3. Als ich Herrn von Ribbentrop gemäss dem deutschen Versprechen in der getrigen Antwort um den Wortlaut dieser Vorschläge bat, erklärte er, dass es dafür nun zu spät sei, da der polnische Vertreter um Mitternacht in Berlin nicht eingetroffen sei.

4. Ich bemerkte, dass, wenn man die Sache so behandle, es darauf hinauskomme, dass das Ersuchen um Entsendung des polnischen Vertreters nach Berlin zum 30. August tatsächlich ein Ultimatum darstelle, trotzdem, was er und Herr Hitler mir am gestrigen Tage versichert hatte. Dies bestritt er und sagte, dass dei Idee eines Ultimatums nur eine Ausgeburt meiner Phantasie sei. Warum, fragte ich daraufhin, konnte er die Sache nicht ihren normalen Gang gehen lassen, und mir eine Abschrift der Vorschläge geben und den polnischen Gesandten um seinen Besuch bitten, genau so wie Herr Hitler mich einige Tage zuvor hatte kommen lassen und ihm zur Weiterleitung an die polnische Regierung die Vorschläge übergeben. In den hässlichsten Ausdrücken sagte Herr von Ribbentrop, dass der den Botschafter niemals um seinen Besuch bitten werde. Er deutete an, dass, wenn der polnische Gesandte ihn um eine Unterredung bitte, die Sache anders sein könne. Ich sagte ihm, dass ich natürlich meine Regierung sofort informieren werde. Daraufhin sagte er, während dies seine persönliche Ansicht sei, würde er alles, was ich ihm gesagt habe, an Hitler zur Kenntnis bringen. Es sei Sache des Kanzlers, die Entscheidung zu treffen.

H0831-0062

5.Damit schieden wir, aber ich muss Ihnen sagen, dass Herrn von Ribbentrop ganzes Benehmen während dieser unerfreulichen Unterhaltung Herrn Hitler in seinen übelsten Wesenszügen nachäffte. Er schimpfte übrigens über die polnische Mobilisierung. Aber ich erwiderte, dass diese kaum eine Überraschung darstellen könne, da Deutschland, wie Herr Hitler mir gegenüber selbst gestern zugegeben habe, selbst mobilisiert hätte.

H0831-0063

10. Nr.94

Viscount Halifax an Sir H.Kennard, Warschau.
(Telegrafisch) Auswärtiges Amt

31.August 1939
12 Uhr mittags

Sie sollten zusammen mit Ihrem französischen Kollegen bei derpolnischen Regierung anregen, dass sie die deutsche Regierung möglichst direkt, aber falls nicht, durch uns davon in Kenntnis setzen soll, dass sie über unsere letzte Antwort an die deutscheRegierung unterrichtet ist und dass sie mit direkten Verhandlungen prinzipiell einverstanden ist.

Französische Regierung befürchtet, dassdie deutsche Regierung das Stillschweigen der polnischen Regierung ausnützen wird.

H0831-0064

Nr.95

11. Viscount Halifax an Sir H.Kennard (Warschau)
(Telegrafisch)

Auswärtiges Amt
31.August 1939
1.45 nachm.

Telegramm aus Berlin vom 30.August x.

Bitte benachrichtigen Sie sofort die Polnische Regierung und teilen Sie ihr mit, dass infolge ihrer prinzipiellen Zustimmung zu direkten Verhandlungen der Polnische Botschafter in Berlin beauftragt werden sollte, der Deutschen Reichsregierungmitzuteilen, dass er, falls sie irgendwelche Vorschläge zu machen hätte, bereit sei, diese seiner Regierung zu übermitteln, so dasssie (die Polnische Regierung) diese sofort prüfen und Vorschläge zu baldigen Verhandlungen machen könne.

x Nr.92

H0831-0065

Nr.96

12. Sir H.Kennard an Viscount Halifax (erhalten 19.15)
(durch Telegramm)

Warschau, den 31. August 1939

Mein Telegramm vom 31.August. x

Herr Beck hat mir soeben schriftlich die polnische Antwort auf meine Demarche der letzten Nach x ausgehändigt; Übersetzung folgt in meinen nächsten Telegramm. x Er hat ganz speziell darum gebeten, dass es streng vertraulich behandelt wird.

2. Ich frug Herrn Beck, welche Schritte er zu ergreifen beabsichtige um Kontakt mit der Deutschen Regierung herzustellen. Er erwiderte, dass er Herrn Lipski nun beauftragen würde, um ein Interview entweder mit dem Aussenminister oder dem Staatssekretär nachzusuchen, um mitzuteilen, dass Polen die britischen Vorschläge angenommen hätte. Ich drängte ihn dies ohne jede Verzögerung zu tun.

3. Ich frug ihn dann, welche Stellung der polnische Gesandte einnehmen würde, wenn Herr von Ribbentrop oder irgendwelche andere Person mit der er sprechen würde ihm die deutschen Vorschläge aushändigt. Er sagte, dass Herr Lipski nicht bevollmächtigt würde ein solches Dokument anzunehmen, da im Hinblick auf frühere Erfahrungen, es von irgendwelcher Art von Ultimatum begleitet sein könnte. Nach seiner Meinung war es unumgänglich notwendig, dass zu allererst Verbindung hergestellt werden sollte, und dass dann die Einzelheiten besprochen werden sollten, wo, mit wem und auf welcher Basis Verhandlungen begonnen werden sollten.

4. Hinsichtlich Danzig wies er daraufhin, dass die Lage dort ausserordentlich ernst würde. Polnische Beamte wurden verhaftet, der Eisenbahnverkehr unterbunden, und er hielt es für unbedingt notwendig, dass unverzüglich Schritte unternommen werden sollten, um einen modus vivendi zu finden, auf Grund dessen die Verhafteten entlassen und der Eisenbahnverkehr wieder aufgenommen werden sollte. Er schlug vor, dass Herr Burckhardt in der Lage sein würde, dies zu tun.

H0831-0066

5.Er bestätigte, dass keine weiteren ernstlichen Zwischfälle vorgekommen seien, aber er erklärte, dass er befürchte, dass, im Zusammenhang mit irgendwelchen Verhandlungen er um die Intervention der Regierung Seiner Majestät zu ersuchen haben würde.

6. Er fügte hinzu, dass falls er eingeladen würde nach Berlin zu kommen er selbstverständlich nicht gehen würde, da er nicht die Absicht hätte, sich wie Präsident Hacha behandeln zu lassen.

---

x Nr.93.
X d.h. die Nach vom 3o. = 31.August
x Nr.97

H0831-0067

Nr.97

13. Sir H. Kennard an Viscount Halifax (empfangen 6.3o nachm.)
(Telegrafisch) Warschau, den 31. August 1939

Nachstehend ist der Text der polnischen Antwort, datiert vom 31. August 1939

" (I), Die polnische Regierung bestätigt ihre bereits früher ausgedrückte Bereitswilligkeit zu einem unmittelbaren Meinungsaustausch mit der deutschen Regierung auf der Grundlage wie sie von der englischen Regierung vorgeschlagen und von mir durch das Telegramm von Lord Halifax vom 28. August adressiert an den englischen Gesandten in Warschu, mitgeteilt ist. x

" (2) Die polnische Regierung ist ebenfalls bereit auf gegenseitiger Grundlage eine formelle Garantie zu geben, dass im Falle von Verhandlungen polnische Truppen keine Verletzungen der Grenzen des deutschen Reiches vornehmen werden, vorausgesetzt, dass eine gleichartige Garantie bezüglich Nichtverletzung der polnischen Grenze durch Truppen des deutschen Reiches gegeben wird.

" (3) In der gegenwärtigen Lage ist es ebenfalls erforderlich, einen einfachen, vorläufigen modus vivendi für die freie Stadt Danzig zu schaffen.

" (4) In Bezug auf die der polnischen Regierung am 28. August durch Vermittlung des englischen Gesandten in Warschau unterbreiteten Vorschläge wäre eine Erklärung erforderlich was die englische Regierung unter einer internationalen Garantie versteht, bezüglich der Beziehungen zwischen Polen und dem deutschen Reich. So lange eine Antwort zu dieser grundlegenden Frage nicht vorliegt, fühlt sich die polnische Regierung verpflichtet, sich ihr Verhalten zu dieser Angelegenheit in vollem Umfang vorzubehalten bis vollständige Erklärungen eingegangen sind.

H0831-0068

Nr.97

" (5) Die polnische Regierung gibt der Hoffnung Ausdruck, dass sie auch weiterhin in der Lage sein wird, sich der Vermittlung von Seiner Majestät Regierung zu bedienen für den Fall, dass Unterhandlungen mit dem deutschen Reich eingeleitet werden sollen."

H0831-0069

Nr.98, Seite 192/197

14. Mitteilung des Staatssekretärs an den britischen Botschafter vom 31.August 1939 9.15 Uhr

Die Königlich Britische Regierung hat sich in einer Note vom 28.August 1939 gegenüber der Deutschen Regierung bereit erklärt, ihre Vermittlung zu direkten Verhandlungen zwische Deutschland und Polen über die strittigen Probleme zur Verfügung zu stellen. Sie hat dabei keinen Zweifel darüber gelassen, dass auch ihr angesichts der fortdauernden Zwischenfälle und der allgemeinen europäischenSpannung die Dringlichkeit des Vorganges bewusst wäre.

Die Deutsche Regierung hat sich in einer Antwortnote vom 29.August 1939 trotz ihrer skeptischen Beurteilung des Willens der Polnischen Regierung, überhaupt zu einer Verständigung zu kommen, im Interesse des Friedens bereit erklärt, die englische Vermittlung bezw. Anregung anzunehmen. Sie hat unter Würdigung aller der zur Zeit gegebenen Umstände es für notwendig erachtet, in dieser ihrer Note darauf hinzuweisen, dass, wenn überhaupt die Gefahr einer Katastrophe vermieden werden soll, dann schnell und unverzüglich gehandelt werden muss. Sie hat sich in diesem Sinne bereit erklärt, bis zum 30.August 1939 abends einen Beauftragten der Polnischen Regierung zu empfangen, unter der Voraussetzung, dass dieser auch wirklich bemollmächtigt sei, nicht nur zu diskutieren, sondern Verhandlungen zu führen und abzuschliessen.

Die Deutsche Regierung hat weiter in Aussicht gestellt, dass sie glaubt, bis zum Eintreffen dieses polnischen Unterhändlers in Berlin der Britischen Regierung die Grundlagen über das Verständigungsangebot ebenfalls zugänglich machen zu können.

Statt eine Erklärung über das Eintreffen einer autorisierten polnischen Persönlichkeit erhielt die Reichsregierung als Antwort auf ihre Verständigungsbereitschaft zunächst die Nachricht der polnischen Mobilmachung und erst am 30.August 1939 gegen 12 Uhr nachts eine mehr allgemein gehaltene britische Versicherung der Bereitwilligkeit, ihrerseits auf den Beginn von Verhandlungen hinwirken zu wollen.

H0831-0070

Trotzden durch das Ausbleiben des von der Reichsregierung erwarteten polnischen Unterhändlers die Voraussetzung entfallen war, der Britischen Regierung noch eine Kenntnis über die Auffassung der Deutschen Regierung in Bezug auf mögliche Verhandlungsgrundlagen zu geben, da die Britische Regierung ja selbst für direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen plädiert hatte, gab Reichsaussenminister von Ribbentrop dem Britischen Botschafter anlässlich der Übergabe der letzten englischen Note eine genaue Kenntnis des Wortlautes der für den Fall des Eintreffens des polnischen Bevollmächtigten als Verhandlungsgrundlage vorgesehenen deutschen Vorschläge.

Die Deutsche Reichsregierung glaubte ein Recht darauf zu haben, dass unter diesen Umständen wenigstens nachträglich die sofortige Benennung einer polnischen Persönlichkeit stattfinden würde. Denn es ist der Reichsregierung nicht zuzumuten, ihrerseits fortgesetzt die Bereitwilligkeit zur Inangriffnahme solcher Verhandlungen nicht nur zu betonen, sondern auch dafür bereitzusitzen, von derpolnischen Seite aber nur mit leeren Ausflüchten und nichtssagenden Erklärungen hingehalten zu werden.

In einer inzwischen stattgefundenen Damarche des polnischen Botschafters geht erneut hervor, dass auch dieser nich bevollmächtigt ist, in irgendeine Diskussion einzutreten oder gar zu verhandeln.

Somit habe der Führer und die Deutsche Reichsregierung nun zwei Tage vergeblich auf das Eintreffen eines bevollmächtigten polnischen Unterhändlers gewartet.

Unter diesen Umständen sieht die Deutsche Regierung auch dieses Mal ihre Vorschläge praktisch als abgelehnt an, obwohl sie der Meinung ist, dass diese in der Form, in der sie auch der Englischen Regierung bekanntgegeben worden sind mehr als loyal, fair und erfüllbar gewesen wären.

Die Reichsregierung hält es für angebracht, der Öffentlichkeit Kenntnis von diesen dem Britischen Botschafter durc den Reichsaussenminister von Ribbentrop mitgeteilten Verhandlungsgrundlagen zu geben.

H0831-0071

Die zwischen dem Deutschen Reich und Polen bestehende Situation ist im Augenblick derart, dass jeder weitere Zwischenfall zu einer Explosion auf Seiten der militärischen Streitkräfte führen kann, die auf beiden Seiten ihre Stellungen bezogen haben. Jede friedliche Lösung muss in einem Rahmen erfolgen, der gewährleistet, dass die Ereignisse, die diese Situation verursacht haben, sich nicht bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit wiederholen können und dass auf diese Weise nicht nur Osteuropa sondern auch andere Gebiete nicht in einen solchen Spannungszustand versetzt werden. Die Ursachendieser Entwicklung liegen in folgendem: (1) die unmögliche Grenzziehung, wie sie von dem Versailler Diktat festgelegt worden ist, (2) die unmögliche Behandlung der Minderheiten in den abgetretenen Gebieten.

Bei diesen Vorschlägen wird die Reichsregierung daher von dem Gedanken geleitet, eine dauernde Lösung zu finden, die die unmögliche Situation beseitigt, die durch die Ziehung der Grenze geschaffen wurde, eine Lösung, die beiden Seiten ihre lebenswichtigen Verbindungslinien garantiert und die, = soweit dies überhaupt möglich ist = das Minderheitsproblem beseitigt und soweit dies nicht möglich ist, den Minderheiten eine erträgliche Zukunft garantiert und zwar dadurch, dass man ihnen eine vertrauenswürdige Garantie ihrer Rechte gewährt.

Die Reichsregierung ist der Ansicht, dass es dabei von wesentlicher Bedeutung ist, dass der wirtschaftliche und physische Schaden, der seit 1918 angerichtet worden ist, klargestellt und in seiner Gesamtheit wieder gutgemacht wird. Sie betrachtet diese Verpflichtung selbstverständlich als für beide Teile bindend.

H0831-0072

Diese Erwägungen führen zu den folgenden praktischen Vorschlägen:

(1) Die freie Stadt Danzig soll in Hinblick auf ihren rein deutschen Charakter wie auch auf den einstimmigen Willen ihrer Bevölkerung in das Deutsche Reich zurückzukehren.

(2) Das Gebiet des sogenannten Korridors, das sich von der Ostsee bis zur Linie Marienwerder, Graudenz, Kulm, Bromberg (einschliesslich) erstrckt und von dort in westlicher Richtung nach Schönlanke laufen kann, soll selber entscheiden, obes zu Deutschland oder zu Polen gehören will.

(3) Zu diesem Zweck soll in diesem Gebiet eine Volksabstimmung stattfinden. Die folgenden sollen abstimmungsberechtigt sein: alle Deutschen, die in diesem Gebiet am 1.Januar 1918 ihren Wohnsitz hatten oder die an diesem Datum dort geboren waren und in ähnlicher Weise die Polen, Kaschuben usw., die in diesem Gebiet am angegebenen Tage (dem 1.Januar1918) ihren Wohnsitz hatten,
oder bis zu diesem Datum dort geboren waren. Die Deutschen, die aus diesem Gebiet vertrieben worden sind, sollen zum Zwecke der Stimmabgabe dorthin zurückkehren, um eine objektive Volksabstimmung sicherzustellen und auch um die hierfür erforderlichen ausgedehnten Vorbereitungen sicherzustellen und auch um die hierfür erforderlichen ausgedehnten Vorbereitungen sicherzustellen. Das oben erwähnte Gebiet soll, wie im Falle des Saargebietes, der Aufsicht einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt werden, in der die vier Grossmächte = Italien, die Sowjet=Union, Frankreich und England vertreten sein sollen. Diese Kommission soll alle Souveränitätsrechte in diesem Gebiet ausüben. Mit diesem Ziel im Auge soll das Gebiet in möglichst kurzer Zeit, über die noch eine Vereinbarung zu treffen ist, von den polnischen Streitkräften, der polnischen Polizei und den polnischen Behörden geräumt werden.

H0831-0073

(4) Der polnische Hafen von Gdingen, der grundsätzlich, soweit er gebietsmässig auf die polnische Siedlung beschränkt ist, polnisches Staatsgebiet darstellt, soll von dem obengenannten Gebiet ausgeschlossen werden. Die genaue Grenze dieses polnischen Hafens soll von Deutschland und Polen bestimmt werden und notwendigenfalls von einer internationalen Schiedskommission festgelegt werden.

(5) Um sicher zu sein, dass die erforderliche Zeit zur Verfügung steht, damit die umfangreichen Arbeiten, die die Abhaltung einer gerechten Volksabstimmung mit sich bringt, ausgeführt werden können, soll die Volksabstimmung nicht vor dem Ablauf von 12 Monaten stattfinden.

(6) Um den ungehinderten Verkehr zwischen Deutschland und Ostpreussen einerseits und Polen und dem Meer andererseits sicherzustellen, sollen Strassen und Eisenbahn zur Ermöglichung des freien Durchgangverkehrs zur Verfügung gestellt werden. In diesen Zusammenhang sollen lediglich die Abgaben, die für die Unterhaltung der Verkehrsmittel und für die Bereitstellung der Transportmittel notwendig sind, erhoben werden.

(7) Die Frage auf welche Seite ein Gebiet gehört, soll durch einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen entschieden werden.

(8) Um Deutschland freie Verbindung mit seiner Provinz Danzig-Ostpreussen und Polen Zugang zum Meer nach der Volksabstimmung zu garantieren, soll Deutschland-ohne Rücksicht auf den Ausgang der Volksabstimmung- für den Fall, dass das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, eine extraterritoriale Verkehrszone erhalten, die ungefähr auf der Linie von Bütow nach Danzig oder Dirschau verläuft und in der eine Autobahn und eine viergleisige Eisenbahn gebaut werden soll. Die Strasse und die Eisenbahn sollen so angelegt werden, dass die

H0831-0074

polnischen Verkehrslinien dadurch nicht berührt werden, d.h. sie sollen entweder über oder unter den letzteren verlaufen. Die Breite dieser Zone soll 1 km betragen und sie soll deutsches Staatsgebiet sein. Sollte die Volksabstimmung günstig für Deutschland ausfallen, so soll Polen die gleichen Rechte erhalten, wie die, die Deutschland zugestanden werden, nämlich das Recht auf eine ähnliche extraterritoriale Verbindung durch Strasse und Eisenbahn zum Zwecke des freien un ungehinderten Verkehrs mit dem Hafen von Gdingen.

(9) Sollte der Korridor an das Deutsche Reich zurückfallen, so erklärt sich letzteres für berechtigt, einen Austausch der Bevölkerung in dem Ausmass mit Polen vorzunehmen, in den die in den Korridor øbwaltenden Verhältnisse hierfür geeignet sind.

(10) Über Sonderrechte, die Polen im Hafen von Danzig zu erhalten wünscht, würde auf territorialer Grundlage gegen ähnliche Rechte, die Deutschland im Hafen von Gdingen einzuräumen wären, zu verhandeln sein.

(11) Um in diesem Gebiet beiden Seiten das Gefühl, bedroht zu sein, zu nehmen, sollen Danzig und Gdingen reine Handelsstädte sein, d.h. sie sollen keinerlei militärische Einrichtungen oder Befestigungen besitzen.

(12) Die Halbinsel Hela, die nach der Volksabstimmung entweder an Polen oder an Deutschland fallen kann, würde in ähnlicher Weise in beiden Fällen zu entmilitarisieren sein.

(13) Da die Regierung des Deutschen Reiches über die polnische Behandlung der Minderheiten die schwersten Klagen zu führen hat und da die polnische Regierung ihrerseits sich verpflichtet fühlte, Beschwerden gegen Deutsch-

H0831-0075

land zu erheben, kommen beide Parteien darin überein, diese Beschwerden einem internationalen Untersuchungsausschuss zu unterbreiten, dessen Aufgabe darin bestünde, alle Beschwerden über wirtschaftlichen und physischen Schaden und jede andere Terrorhandlung einer prüfung zu unterziehen. Deutschland und Polen geben die Zusicherung, den wirtschaftlichen oder anderen Schaden, der den Minderheiten auf beiden Seiten seit dem Jahre 1918 zugefügt worden ist, wieder gutzumachen oder gegebenenfalls Enteignungen rückgängig zu machen oder denjenigen volle Schadloshaltung zu gewähren, die durch diese oder irgendwelche anderen Eingriffe in ihr wirtschaftliches Leben betroffen worden sind.

(14) Um den Deutschen, die möglicherweise in Polen und den Polen, die möglicherweise in Deutschland verbleiben, das Gefühl zu nehmen aus allen völkischen Beziehungen ausgeschlossen zu sein und um sie vor dem Verlangen einer Bestätigung oder der Leistung von Diensten zu sichern, die mit ihrem völkischen Empfinden unvereinbar sind, kommen Deutschland und Polen dahin überein, die Rechte beider Minderheiten mittels einer eingehenden und bindenden Vereinbarung sicherzustellen, um auf diese Weise diesen Minderheiten die Erhaltung freier Entwicklung und Bestätigung ihrers Volkstums zu garantieren und insbesondere für diesen Zweck einen Zusammenschluss zu gestatten, den sie für notwendig halten. Beide Parteien geben die Zusicherung, dass sie die Mitglieder der Minderheiten nicht zum Militärdienst heranziehen.

(15) Im Falle des Abschlusses einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vorschläge erklären sich Deutschland und Polen bereit, die sofortige Demobilisierung ihrer Streitkräfte anzuordnen und durchzuführen.

H0831-0076

(16) Die für die beschleunigte Durchführung des obenstehenden Abkommens erforderlichen Massnahmen sollen von Deutschland und Polen gemeinsam beschlossen werden.

H0831-0077

Nr. 100 479

Viscount Halifax an Sir H. Kennard (Warschau)

(durch Telegramm) Auswaertiges Amt, 1.September 1939,0.50 Uhr

Jhre Telegramme vom 31. August

1. Es freut mich zu h;ren, dass der polnische Gesandte in Berlin beauftragt ist, mit der Deutschen Regierung Verbindung herzustellen

2. Jch stimme vollkommen damit ueberein, dass es notwendig ist, die Einzelheiten fuer die Verhandlungen zu besprechen, und dass ein Besuch von Herrn Beck in Berlin nicht wuenschenswert ist.

3. Andrerseits kann ich nicht einsehen, warum die polnische Regierung Bedenken hat, den polnischen Gesandten zu bevollmaechtigen, ein Dokument der Deutschen Regierung anzunehmen, und ich hoffe zuversichtlich, dass sie in der Lage sein werden, ihre diesbezueglche Jnstruktion fuer ihn zu modifizieren. Jn dem uns vorgelegten Bericht ueber die deutschen Vorschlaege wurde keinerlei Ultimatum erwaehnt, und die Auslegung, dass das Verlangen fuer einen Besuch eines polnischen Bevollmaechtigten in Berlin am 30. August , einer Ultimatum entsprach wurde von Herrn Ribbentrop in einer Unterhaltung mit dem Gesandten Seiner Majestaet entschieden zurueckgewiesen. Falls das Dokument ein Ultimatum enthielt, wuerde die polnische Regierung sich natuerlich weigern daruber zu diskutieren, bevor nicht das Ultimatum zurueckgezogen wird. Andrerseits wuerde ihre Weigerung Vorschlaege entgegen zu nehmen, von aussenstehenden keinesfalls verstanden werden.

4. Ich haette mir gedacht, dass der polnische Gesandte sicherlich beauftragt werden koennte ein Dokument in Empfang z nehmen und weiterzuleiten mit der Bemerkung (a) dass wenn es irgendwie einem Ultimatum gleichkomme, er im Voraus sagen koenne, dass die Polnische Regierung absolut nicht in der Lage sei, auf einer solchen Bsis zu diskutieren, und (b) dass, in jedem Falle nach Ansicht der Polnischen Regierung, Fragen hinsichtlich des Orts der Verhandlungen der Basis auf welcher sie gefuehrt werden und der Personen die daran teilnehmen sollten zwischen den beiden Regierungen besprochen und

H0831-0078

entschieden werden muessten.

5. Falls Verhandlungen begonnen werden, wird die Regierung Seiner Majestaet jeder Zeit bereit sein, auf Wunsch allen in ihrer Macht stehenden Beistand zu leisten, um eine gerechte Verstaendigung zu erzielen.

6. Was eine internationale Garantie anbetrifft, so musste dies zweifellos ausfuehrlich werden. Was die Regierung Seiner Majestaet im Sinne hatte, waere eine Garantie der vollen und richtigen Einhaltung irgendwelchen erzielten Abkommens.

7. Was Danzig anbetrifft, so teilen wir vollstaendig die Ansicht von Herrn Beck hinsichtlich der Wichtigkeit einen modus vivendi herzustellen. Wir haben in diesem Sinne der Deutschen Regierung schon einen Vorschlag unterbreitet, und werden ihn im Hinblick auf Paragraph 4 ihres Telegramms vom 31. August x wiederholen. Wenn die Deutsche Regierung sich damit einverstanden erklaert, werde ich sofort an Herrn Burckhardt herantreten.

8. Bitte sprechen Sie im obigen Sinne sofort mit Herrn Beck.

---

x Nos. 96 und 97

H0831-0079

Nr. 101

481

16. Sir H. Kennard an Viscount Halifax

abgesandt 1. September 19,45 Uhr

empfangen 2. September 02,00 Uhr

(Telegramm) Warschau, 1. September 1939

Ihr Telegramm vom 1. September wurde heute um 04.00 Uhr dechiffriert.

2. Herr Lipski hat bereits gestern um 18.30 Uhr beim deutschen Aussenminister vorgesprochen. Angesichts dieser Tatsache, der ein deutscher Einmarsch in Polen folgte, wuerde es fuer mich offenbar keinen Sinn haben, die von Jhnen vorgeschlagenen Schritte zu unternehmen.

H0831-0080

Nr. 102

482

17. Sir N. Henderson an Viscount Halifax (empfangen 00.10 Uhr am 1. September)

(Telegraphisch) Berlin, den 31. August 1939

Das folgende ist eine Uebersetyung einer Mitteilung, die der polnische Botschafter dem deutschen Aussenminister heute Abend ueberreichte.

"Waehrend der Nacht erhielt die polnische Regierung Nachricht von der englischen Regierung ueber den Nachrichtenaustausch mit der deutschen Regierung, wegen der Moeglichkeit direkter Diskussionen zwischen der deutschen und polnischen Regierung.

Die polnische Regierung ist fuer den Vorschlag der englischen Regierung, eine formelle Antwort daruebor wird ihnen daruebor recht bald zukommen.

Ich hoere, dass keine Diskussion stattfand."

H0831-0081

Nr. 105

18. Rede des Premierministers im Unterhaus am 1. September 1939.

Der Premierminister (Mr. Chamberlain). "Ich will heute abend nicht viele Worte machen. Die Zeit ist gekommen, wenn Taten mehr als Worte am Platze sind. Vor 1 1/2 Jahren drueckte ich in diesem Haus die Hoffnung aus, dass mir die Verantwortung erspart bleibe von England den furchtbaren Entschluss zum Krieg zu verlangen. Ich fuerchte, dass ich diese Verantwortung nicht vermeiden kann. Aber jedenfalls kann ich mir keine Situation vorstellen, in der eine solche Verantwortungslast auf mich faellt, wo ich klarer als heute fuehle, in welcher Richtung meine Pflichten liegen. Kein Mensch kann sagen, dass die Regierung nicht alles getan hat, um den Krieg fuer eine ehrenvolle und billige Regelung der Meinungsverschiedenheit zwischen Deutschland und Polen zu bahnen. Darueber hinaus haben wir in keiner Weise verfehlt, es der deutschen Regierung voellig klar zu machen, dass - falls sie abermals auf Gewaltanwendungen aehnlicher Weise wie in frueheren Faellen bestaende - wir ihr mit Gewalt entgegentreten wuerden. Jetzt wo alle einschlaegigen Dokumente der Oeffentlichkeit zugaengig gemacht werden, werden wir vor die Schranken der Geschichte mit dem Bewusstsein treten koennen, dass die Verantwortung fuer diese furchtbare Katastrophe auf den Schultern eines Mannes ruht, naemlich des deutschen Kanzlers, der nicht gezoegert hat, die Welt ins Ungluueck zu stuerzen, um seinen eigenen sinnlosen Ehrgeiz zu foerdern.

Ich moechte dem Haus meinen Dank fuer die Geduld ausdruecken, die es kuerzlich bei 2 Gelegenheiten gezeigt hat, bei denen es nicht nach Information gefragt hat, von denen es wusste, dass ich sie nicht geben konnte, waehrend Unterhandlungen noch im Gange waren. Ich habe nunmehr veranlasst, den gesamten Schriftwechsel mit der deutschen Reichsregierung in einem "Weissbuch" zusammen zu fassen. Wegen technischer Schwierigkeiten sind leider bisher nur wenige

H0831-0082

Exemplare erhaeltlich, aber meines Wissens werden sie noch in dieser Sitzung nach und nach herauskommen. Ich halte es nicht fuer noetig, auf Einzelheiten dieser Dokumente einzugehen, die bereits der Geschichte angehoeren. Aus ihnen geht klar hervor, dass es unsere Absicht war, direkte Verhandlungen ueber den polnisch-deutschen Streitfall auf Basis der Gleichberechtigung zwischen den beiden Laendern selbst herbeizufuehren, wobei die endgueltige Regelung die Unabhaengigkeit Polens gewaehrleisten und sie durch internationale Garantien sicherstellen sollte.

H0831-0083

H0831-0084

Nur eine Stelle, einer kuerzlichen Mitteilung, welche vom 30. August stammt, moechte ich zitieren, weil sie zeigt, wie leicht es gewesen waere, den endgueltigen Zusammenbruch zu verhindern, waere nur der leiseste Wunsch seitens der Deutschen Regierung vorhanden gewesen, zu einer friedlichen Schlichtung zu gelangen. In diesem Dokument sagten wir: -

"Die Notwendigkeit fuer eine beschleunigte Einleitung von Unterhandlungen wird von der Regierung Seiner Majestaet voellig erkannt, und sie teilt des Reichskanzlers Besorgnis, die auf die Nachd von zwei sich gegenueberstehenden mobilisierten Armeen zurueckzufuehren ist. Sie wuerde demgemaess auf das schaerfste darauf dringen, dass beide Parteien waehrend der Verhandlungen sich aggressiver militaerischer Handlungen enthalten sollten. Die Regierung Seiner Majestaet ist ueberzeugt, dass sie von der Polnischen Regierung eine solche Versicherung erlangen koennte, falls die Deutsche Regierung aehnliche Zusicherungen machen sollte.

Dieses Telegramm, welches nach Polen gesandt wurde, wurde von der polnischen Regierung am 31. August sofort beantwortet, wie folgt: -

"Die Polnische Regierung ist auf gegenseitiger Basis gleichfalls bereit, fuer den Fall, dass Verhandlungen stattfinden, eine formale Garantie abzugeben, wonach polnische Truppen die deutsche Grenze nicht verletzen werden, vorausgesetzt, dass die Deutsche Regierung eine entsprechende Garantie ueber Grensverletzung durch deutsche Truppen abgibt." -

Die Deutsche Regierung hat diesen Vorschlag, welcher, waere er befolgt worden, die Katastrophe, die heute morgen stattfand verhindert haette, niemals beantwortet.

In dem deutschen Rundfunk von gestern Nacht, der die 16 Punkte eines deutschen Vorschlags aufzaehlte, befand sich folgender Satz:

"Die Deutsche Regierung betrachtet ihre Vorschlaege unter diesen Umstaenden als zurueckgewiesen."

Ich muss diese Erklaerung einer Pruefung unterziehen und muss dem

Hause sagen, welches diese Umstaende sind. Lassen Sie mich Ihnen zunaechst mitteilen, dass der Text dieser Vorschlaege von Deutschland an Polen niemals mitgeteilt worden ist. Der Verlauf der Sache war folgender:

H0831-0085

H0831-0086

Am Dienstag, den 29. August, sagte die deutsche Regierung unter anderem, in Antwort auf eine Note, die wir ihr gesandt hatten dass sie sofort Vorschlaege fuer eine annehmbare Loesung niederlegen werde und

"falls moeglich, will sie diese der britischen Regierung, ehe die polnischen Unterhaendler ankommen, zur Verfuegung stellen.

Durch Pruefung des Weissbuches kann man feststellen, dass die deutsche Regierung gesagt hat, dass sie auf die Ankunft eine Bevollmaechtigten aus Polen am 30. in Berlin rechnet, das heisst am folgenden Tage. Inzwischen erwarteten wir natuerlich diese Vorschlaege. Am folgenden Abend, als unser Botschafter Herrn von Ribbentrop, den deutschen Aussenminister, sah, bat er ihn sobald diese Vorschlaege fertig sind - denn wir hatten nichts mehr davon gehoert - den polnischen Botschafter zu sich zu bitten, und ihm diese Vorschlaege zur Uebermittlung an seine Regierung auszuhaendigen. Daraufhin, so berichtet unser Botschafter, sagte Herr von Rippentrop mit erregten Worten, dass er niemals den Botschafter bitten wuerde, ihn aufzusuchen. Er deutete an, dass es etwas anderes waere, wenn der polnische Botschaftter ihn um eine Unterredung bitten wuerde.

Das Haus wird bemerkt haben, dass dieses Mittwoch abend war, der nach der deutschen Darlegung von gestern Abend, jetzt als das gueltige Datum agegeben wird, nachdem keine Verhandlungen mit Polen annehmbar waeren. Es ist daher klar, dass Deutschland Polen behandelt, als ob es im Unrecht sei, weil es bis Mittwoch Nacht nicht auf die Diskussionen mit Deutschland ueber Vorschlaege, die es nie gehoert hat, eingegangen sei.

Wie steht es nun mit uns? An jenem Mittwoch Abend, bei der Unterredung, auf die ich eben hingewiesen habe, brachte Herr von Ribbentrop ein laengeres Schriftstueck zum Vorschein, das er laut und mit grosser Schnelligkeit auf deutsch vorlas. Natuerlich verlangte unser Botschafter nach diesem Vorlesen eine Kopie des Schriftstueckes, aber die Antwort war, dass es jetzt zu spaet sei, da der polnische Vertreter nicht in Berlin bis Mitternacht sei. Und so, meine Herren, erhielten wir niemals eine Kopie dieser ...

H0831-0087

Vorschlaege, und das erstemal, dass wir sie hoerten - wir sie hoerten - war gestern Abend im Rundfunk. So, meine Herren, waren die Umstaende, unter denen die deutsche Regierung behauptet, dass sie ihre Vorschlaege als abgelehnt betrachte. Es ist nicht klar, ob ihre Auffassung von einer Verhandlung darin bestand, dass auf fast augenblickliche Aufforderung ein polnischer Beauftragter nach Berlin gehen sollte, - wo andere schon vor ihm waren - um dort Forderungen vorgelegt zu bekommen, die in ihrer Gesamtheit angenommen oder verweigert werden mussten. Ich moechte keine Meinung ueber die Bedingen selbst zum Ausdruck bringen, da ich mich nicht dazu berufen fuehle. Der richtige Weg nach unserer Meinung - nach der Meinung von uns allen - waere gewesen, dass diese Vorschlaege haetten genuegend Zeit gewaehrt werden muessen, um sie zu pruefen und festzustellen, ob sie, ihrer Meinung nach, diejenigen lebenswichtigen Interessen. Polens verletzen, welche zu respektieren, - Deutschland uns bei einer frueheren Gelegenheit versichert hat, oder nicht. Erst gestern Nacht hat der polnische Gesandte den deutschen Aussenminister, Herrn von Ribbentrop gesprochen. Er hat ihm gegenueber wiederholt zum Ausdruck gebracht, hatte was die polnische Regierung schon tatsaechlich vorher oeffentlich gesagt, naemlich, dass sie bereit waere, mit Deutschland ueber ihre Differenzen auf gleichberechtigter Grundlage zu verhandeln. Was war die Antwort der deutschen Regierung? Die Antwort war, dass ohne alles Weitere, heute fruch im Morgengrauen die deutschen Truppen die polnische Grenze ueberschritten und nach inzwischen eingelaufenen Berichten dabei sind, offene Staedte mit Bomben zu belegen. (Ein Parlamentsmitglied. "Gas?") Unter diesen Umstaenden bleibt uns nur ein Weg offen. Der Botschafter Seiner Majestaet in Berlin und der franzoesische Botschafter sind beauftragt worden, der deutschen Regierung das folgende Dokument auszuhaendigen:

"Heute frueh hat der deutsche Kanzler eine Proklamation an die deutsche Armee erlassen, die ganz klar andeutet, dass er im Begriffe sei, Polen anzugreifen. Seiner Majestaet Regierung von Grossbritanien und der franzoesischen Regierung sind Nachrichten zugegangen, die besagen, dass deutsche Truppen die polnische Grenze

ueberschritten haben und dass Angriffe auf polnische Staedte im Gange sind. Unter diesen Umstaenden erscheint es den Regierungen von Grossbritanien und Frankreich, dass die deutsche Regierung durch ihr Vorgehen einen Zustand geschaffen hat, - naemlich eine gewaltsame Angriffshandlung gegen Polen, die die Unabhaengigkeit Polens gefaehrdet.- der die Erfuellung der seitens der Regierungen von Grossbritannien und Frankreich an Polen gegebenen Zusicherung erfordert, zu seiner Hilfe zu kommen. Ich muss dementsprechend Euro Exezellenz davon unterrichten, dass falls die deutsche Regierung nicht bereit ist, der Regierung Seiner Majestaet befriedigende Zusicherungen zu geben, dass die deutsche Regierung jede Angriffstaetigkeit gegen Polen einstellt und bereit ist, ihre Streitkraefte schleunigst aus dem polnischen Gebiet zurueckzuziehen die Regierung Seiner Majestaet ohne Verzoegerung ihren Verpflichtungen gegenueber Polen nachkommen wird.

H0831-0088

H0831-0089

(Ein Mitglied des Hauses. "Zeitgrenze?") Wenn die Antwort auf diese letzte Warnung unguenstig ausfaellt - und ich glaube nicht, dass sie anders ausfallen wird, ist der Botschafter Seiner Majestaet angewiesen, seine Paesse zu verlangen. In diesem Falle sind wir bereit. Gestern haben wir weitere Massnahmen zur Vervollstaendigung unserer Verteidigungsvorbereitungen getroffen. Heute morgen haben wir die volle Mobilisierung der gesamten Kriegsflotte, des Heeres und der Luftstreitkraefte angeordnet. Wir haben auch im Inland und Ausland eine Reihe von Massnahmen ergriffen, ueber die das Haus ins einzeln gehende Erklaerungen von mir wohl nicht erwarten wird. Kurz gesagt, stellen sie die letzten Schritte im Einklang mit den vorbereiteten Plaenen dar. Diese koennen mit groesster Beschleunigung in Kraft gesetzt werden, sind aber auch derart, dass sie solange aufgeschoben werden koennen, bis der Krieg unvermeidlich erscheint. Weiterhin sind auf Grund der von diesem Haus in der letzten Woche ausgestellten Vollmachten Schritte unternommen worden, um die Lage mit Bezug auf die Vorraete von bestimmten Bedarfsgruppen sicherzustellen.

Die Gedanken vieler von uns kehren in diesem Augenblick unwillkuerlich zum Jahre 1914 zurueck und stellen einen Vergleich an zwischen unserer jetzigen Lage und der, die damals bestand. Wie stehen wir dieses Mal da? Die Antwort ist, dass alle drei Zweige unserer Streitkraefte bereit sind und dass die Lage in jeder Beziehung weit guenstiger und vertrauenerweckender ist als 1914, waehrend wir hinter den kaempfenden Truppen ein gewaltiges System der Zivilverteidigung in unseren Luftschutzmassnahmen ausgebaut haben. Was den unmittelbaren Mannschaftsbedarf anlangt, so ist die Flotte, das Heer und die Luftwaffe in der gluecklichen Lage, beinahe so viele Mannschaften zur Verfuegung zu haben als sie in

491

diesem Augenblick brauchen koennen. Es gibt jedoch gewisse Gruppen, in denen Mannschaften sofort benoetigt werden und zwar sowohl im Militaerdienst wie in der zivilen Verteidigung. Diese werden in einzelnen durch die Presse und durch den Rundfunk bekanntgegeben werden. Der wichtigste und erfreulichste Punkt ist, dass heute keine Notwendigkeit dafuer besteht, einen allgemeinen Aufruf zur Erlangung von Rekruten zu erlassen, wie er vor 25 Jahren von Lord Kitchener erlassen wurde. Dieser Aufruf ist vor vielen Monaten erfolgt und die Mannschaften stehen bereits zur Verfuegung.

Soviel ueber die unmittelbare Gegenwart. Nun muessen wir einen Blick in die Zukunft werfen. Es ist erforderlich, dass wir der ungeheueren Aufgabe, die uns gestellt ist, ins Gesicht blicken, ganz besonders muessen wir im Hinblick auf unsere, in dieser Sache gemachten Erfahrungen dieses Mal unser Mannschaftsproblem so systematisch, gerecht und wirtschaftlich loesen als moeglich.

Wir schlagen deswegen vor, die hierfuer erforderlichen Gesetze sofort zu erlassen. Ein Entwurf wird Ihnen vorgelegt werden, der praktisch eine Erweiterung des Gesetzes ueber die militaerische Ausbildung darstellen wird. Nach diesem Gesetz werden alle Maenner im Alter von 18 - 41 Jahren im Falle und im Zeitpunkt ihrer Einberufung wehrdienstpflichtig. Es ist zunaechst nicht beabsichtigt, eine groessere Anzahl von Mannschaften ausser denen, die bereits dienstpflichtig sind, einzuberufen und es werden Massnahmen getroffen werden, durch die der Mannschaftsbedarf der wichtigen Industrien sichergestellt wird.

Eine weitere Bemerkung moechte ich noch machen, bevor ich meine Rede schliesse und zwar moechte ich meine und der Regierung Seiner Majestaet Genugtuung darueber zum Ausdruck bringen, dass auch Signor Mussolini waehrend dieser ganzen letzten Krisentage alles in seinen Kraeften

H0831-0090

Stehende getan hat, um eine Loesung zu erreichen.

Jetzt bleibt uns nichts andere uebrig, als unsere Zaehne zusammenzubeissen und diesen Kampf, den wir selbst nach Kraeften u vermeiden bestrebt waren, mit Entschlossenheit aufzunehmen, um ihn bis zum Ende durchzufuehren. Wir nehmen ihn mit reinem Gewissen auf, mit der Unterstuetzung der Dominien und des Britischen Reichs und mit der moralischen Billigung des groessten Teils der Welt. Wir haben keinen Streit mit dem deutschen Volk, abgesehen davon, dass es sich von einer Naziregierung beherrschen laesst. Solange diese Regierung besteht und die Methoden verfolgt, die es waehrend der letzten zwei Jahre so unbeirrbar angewendet hat, wird es in Europa keinen Frieden geben. Wir wuerden lediglich von einer Krise in die andere kommen und mit ansehen muessen, wie ein Land nach dem anderen in einer Art und Weise angegriffen wird, die uns mit ihren widerlichen Methoden nunmehr bereits vertraut geworden ist. Wir sind entschlossen, dieser Methode ein Ende zu machen. Wenn wir als Ergebnis dieses Kampfes in der Welt wieder die Geltung des guten Glaubens und den Verzicht auf Gewalt aufrichten, wahrlich, dann werden auch die Opfer, die uns auferlegt werden, in vollem Masse gerechtfertigt sein.

H0831-0091

H0831-0092

493

Beglaubigung der Uebersetzung
des Dokuments Nr.

1. Maerz 1946

Wir, Dr. Karl Neumann, Br. Exp.F. Permit Nr. 112293, Dr. H. v.V. Veith, AGO Nr. D 150649, bestaetigen hiermit, dass wir durchaus vertraut mit der englischen und deutschen Sprache sind und dass das Vorstehende eine wahrheitsgemaesse und richtige Uebersetzung des Dokuments Nr. darstellt.

Dr. Karl NEUMANN
Br.Exp.F.Permit Nr. 112293

Dr. H.v.V. VEITH
AGO Nr. D 150649

Abschrift aus dem Weissbuch
des Auswaertigen Amts 1939 Nr. 2
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 464

Dem Britischen Botschafter am 29. August 1939 18.45 Uhr uebergebenen Antwort des Fuehrers an die Britische Regierung

Der Koeniglich Britische Botschafter in Berlin hat der Koeniglich Britischen Regierung Anregungen uebermittelt, die ich vorschlagen zu muessen glaube, um

1. dem Willen der Reichsregierung nach einer aufrichtigen deutsch-englischen Verstaendigung, Zusammenarbeit und Freundschaft noch einmal Ausdruck zu geben;

2. keinen Zweifel darueber aufkommen zu lassen, dass eine solche Verstaendigung nicht erkauft werden koennte mit dem Verzicht auf lebenswichtige deutsche Interessen oder gar einer Preisgabe von Forderungen, die ebenso im allgemeinen menschlichen Recht wie in der nationalen Wuerde und Ehre unseres Volkes begruendet sind.

Mit Befriedigung hat die Deutsche Regierung aus den Antwortschreiben der Koeniglich Britischen Regierung und dn muendlichen Erlaeuterungen des Koeniglich Britischen Botschafters entnommen, dass die Koeniglich Britische Regierung auch ihrerseits bereit ist das deutsche- englische Verhaeltnis zu bessern, es im Sinne der deutschen Anregungen zu entwickeln und auszubauen.

Die Koeniglich Britische Regierung ist dabei ebenfalls ueberzeugt, dass die Loesung der unertraeglich gewordenen deutsch-polnischen Spannung die Voraussetzung fuer eine Realisierung dieser Hoffnung ist.

Seit dem Herbst des vergangenen Jahres und zuletzt im Maerz 1939 wurden der Polnischen Regierung muendlich und schriftlich Vorschlaege unterbreitet, die unter der Beruecksichtigung der damals zwischen Deutschland und Polen bestehenden Freundschaft eine fuer beide Teile annehmbare Loesung der strittigen Fragen ermoeglichen konnten. Es ist der Koeniglich Britischen Regierung bekannt, dass die Polnische Regierung glaubte, diese Vorschlaege im Maerz dieses Jahres endgueltig ablehnen zu muessen. Sie hat diese Ablehnung zugleich zum Vorwand oder Anlass genommen, militaerische Massnahmen zu treffen, die seitdem eine fortgesetzte Steigerung erfuhren. Schon in der Mitte des vergangenen Monats hat der Polnische Staat tatsaechlich mobil gemacht. In verbindung damit haben zahlreiche Uebergriffe in der Freien Stadt Danzig stattgefunden, hervorgerufen durch polnische Behoerden; mehr oder weniger drohend ultimative Forderungen wurden an diese Stadt gerichtet. Die Verhaengung einer erst zollpolitisch durchgefuehrten, nunmehr aber auch militaerisch und verkehrstechnisch

H0831-0093

erweiterten Grenzsperre mit dem Ziel der politischen Zermuerbung und wirtschaftlichen Zerstoerung dieses deutschen Gemeinwesens fand statt.

Hinzu kommen himmelschreiende, barbarische Misshandlungen und sonstige Verfolgungen der grossen deutschen Volksgruppe in Polen, die bis zur Toetung vieler dort lebender Deutschen oder zur Verschleppung unter grausamsten Begleitumstaenden fuehrten. Sie haben Deutschland gezwungen, nach monatelangem Zusehen nunmehr ebenfalls die notwendigen Schritte zur Wahrung der berechtigten deutschen Interessen zu ergreifen. Und die Deutsche Reichsregierung kann der Britischen Regierung nur auf das ernsteste versichern, dass nunmehr jener Zustand erreicht ist, der ein weiteres Hinnehmen oder auch nur Zusehen ausschliesst.

Die Forderung der Deutschen Reichsregierung entspricht der von Anfang an als notwendig erkannten Revision des Versailler Vertrags in diesem Gebiet; Rueckkehr von Danzig und dem Korridor an Deutschland, Sicherung des Lebens der deutschen Volksgruppen in den restlich Polen verbleibenden Gebieten.

Die Deutsche Reichsregierung nimmt mit Befriedigung Kenntnis, dass auch die Koeniglich Britische Regierung im grundsaetzlichen ueberzeugt ist, dass die entstandene Lage einer Loesung entgegengefuehrt werden muss. Sie glaubt weiter annehmen zu duerfen, dass sich auch die Koeniglich Britische Regierung keinen Zweifel darueber hingibt, dass es sich hier nicht mehr um Zustaende handelt zu deren Beseitigung Tage oder gar Wochen, sondern vielleicht nur Stunden zur Verfuegung stehen. Denn es ist in jedem Augenblick angesichts der desorganisierten Verhaeltnisse in Polen mit der Moeglichkeit des Eintretens von Akten zu rechnen, die hinzunehmen fuer Deutschland unmoeglich sein koennte.

Wenn die Koeniglich Britische Regierung noch immer glaubt, dass diese schwerwiegenden Differenzen auf dem Wege direkter Verhandlungen zu loesen seien, so kann die Deutsche Reichsregierung diese Auffassung von vornherein leider nicht mehr teilen. Denn sie hat es ja versucht, den Weg einer solchen friedlichen Verhandlung einzuleiten, wurde aber dabei von der Polnischen Regierung nicht unterstuetzt, sondern durch bruesk eingeleitete Massnahmen militaerischen Charakters im Sinne der schon angedeuteten Entwicklung abgewiesen.

Die Koeniglich Britische Regierung sieht 2 Momente als wichtig an:

1. Dass durch direkte Verhandlungen schnellstens die vorhandene Gefahr einer drohenden Entladung beseitigt wird, und dass
2. der Existenz des im uebrigen dann fortbestehenden Polnischen Staates durch internationale Garantien wirtschaftlich und politisch die notwendige Sicherung gegeben wird.

Die Deutsche Reichsregierung hat dazu folgende Erklaerung abzugeben:

H0831-0094

Trotz ihrer akeptischen Beurteilung der Aussichten solcher direkten Besprechungen will sie dennoch den englischen Vorschlag akzeptiern und in diese eintreten. Sie tut dies ausschliesslich unter dem Eindruck der - wie schon betont - ihr zugegangenen schriftlichen Mitteilung der Koeniglich Britischen Regierung, dass auch diese ein Freundschaftsabkommen unter Zugrundelegung der dem Botschafter Henderson gegebenen Anhaltspunkte wuenscht. Die Deutsche Regierung will dadurch der Koeniglich Britischen Regierung und dem englischen Volk einen Beweis fuer die Aufrichtigkeit der deutschen Absicht, zu einer dauernden Freundschaft mit Grossbritannien zu kommen, geben.

Die Reichsregierung muss die Britische Regierung pflichtgemaess aber darauf hinweisen, dass sie im Falle einer Neugestaltung der territorialen Verhaeltnisse in Polen nicht mehr in der Lage waere, ohne Hinzuziehung der Sowjet-Union sich zu Garantien zu verpflichten oder an Garantien teilzunehmen.

Im uebrigen hat die Deutsche Reichsregierung bei ihren Vorschlaegen nie die Absicht gehabt, lebenswichtige Interessen Polens anzugreifen oder die Existenz eines unabhaengigen Polnischen Staates in Frage zu stellen. Die Deutsche Reichsregierung ist unter diesen Umstaenden daher damit einverstanden, die vorgesdhlagene Vermittlung der Koeniglich Britischen Regierung zur Entsendung einer mit allen Vollmachten versehenen polnischen Persoenlichkeit nach Berlin anzunehmen. Sie rechnet mit dem Eintreffen dieser Persoenlichkeit fuer Mittwoch, den 30. August 1939.

Die Reichsregierung wird die Virschlaege einer fuer sie akzeptablen Loesung sofort ausarbeiten und diese wenn moeglich bis zur Ankunft des polnischen Unterhaendlers auch der Britischen Regierung zur Verfuegung stellen.

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgefuehrten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestaetigt.

Nuernberg,.....Maerz 1946

gez. M. Horn.

H0831-0095

Abschrift aus dem Weissbuch
des Auswaertigen Amts 1939 Nr. 2
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 466

Unterredung des Reichsministers des Auswaertigen mit dem Britischen Botschafter, 3o. August 1939 um Mitternacht

Aufzeichnung des Gesandten Schmidt

Henderson uebergab das in der Anlage beigefuegte Memorandum der Britischen Regierung. Er guegte hinzu, dass er den Auftrag habe, zwei weitere Punkte muendlich zur sprache zu bringen.

Man koenne von der Polnischen Regierung nur dann vollstaendige Zurueckhaltung erwarten, wenn die Deutsche Regierung auf ihrer Seite der Grenze die gleiche Haltung einnehme und wenn keine Provokationen der deutschen Minderheit in Polen erfolgten. Es seien Berichte im Umlauf, nach denen die Deutschen in Polen Sabotageakte veruebten, die die schaerfsten Gegenmassnahmen seitens der Polnischen Regierung rechtfertigen wuerden. Der Reichsaussenminister wies diese Bemerkung auf das nachdruecklichste zurueck, Deutschland kenne ausschliesslich polnische Provokationen, aber die polnische Propaganda schiene bei der Britischen Regierung ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. Unerhoerteste Sabotageakte wuerden von den Polen veruebt. Er lehne es ab, mit der Britischen Regierung ueber dieses Thema ueberhaupt zu sprechen.

Die weitere Weisung Hendersons bezog sich auf die Antwort der Deutschen Regierung vom Vertrage, in der die Deutsche Regierung sich bereit erklaert hatte, in direkte Fuehlung mit Polen zu treten, wenn die Polnische Regierung sofort einen bevollmaechtigten Vertreter entsenden wuerde. Die Britische Regierung sei nicht in der Lage, der Polnischen Regierung zu empfehlen, auf dieses Verhandlungsverfahren einzugehen. Sie schlage der Deutschen Regierung vor. auf normalem diplomatischem Wege, d.h. durch Ueberreichung ihrer Vorschlaege an den Polnischen Botschafter, die Dinge ins Rollen zu bringen, um den Polnischen Botschafter in die Lage zu versetzen, im Einvernehmen mit seiner Regierung die Vorbereitungen fuer direkte deutsch-polnische Verhandlungen zu treffen. Wenn die Deutsche Regierung diese Vorschlaege auch der Britischen Regierung zuleiten wuerde, und dieser der Ansicht waere, dass die Vorschlaege eine vernuenftige Grundlage fuer eine Regelung der zur Eroerterung stehenden Probleme bilden, so wuerde sie ihren Einfluss im Sinne einer Loesung in Warschau zur Geltung bringen.

Henderson fragte unter Hinweis auf den letzten Absatz der deutschen Antwort vom Vertrage, ob die Deutschen Vorschlaege bereits ausgearbeitet seien und ob ihm diese Vorschlaege uebergeben werden koennten.

H0831-0096

Der Reichsaussenminister antwortete, dass 1. die britische Vermittlung bisher nur ein klares Ergebnis gezeitigt haette, naemlich die polnische Generalmobilmachung. 2. Man habe deutscherseits mit dem Erscheinen eines polnischen Vertreters am heutigen Tage gerechnet. Es sei dies nicht, wie der Britische Botschafter irrtuemlich angenommen habe, ein Ultimatum gewesen, sondern, wie der Fuehrer bereits am Vortage auseinandergesetzt habe, es sei ein von den Teitumstaenden diktierter praktischer Vorschlag gewesen. Bis Mitternacht habe man auf deutscher Seite nichts von den Polen gehoert. Die Frage eines eventuellen Vorschlags sei daher nicht laenger aktuell. Um aber zu zeigen, was Deutschland vorzuschlagen beabsichtigt hatte, wenn der polnische Vertreter gekommen waere, verlas der Reisaussenminister die in der Anlage beigefuegten deutschen Vorschlaege und erlaeuterte sie im einzelnen.

Henderson erwiderte, die Erklaerung des Reichsaussenministers, dass infolge des Nichterscheinens des polnischen Vertreters bis Mittwoch Mitternacht die urspruenglich beabsichtigten deutschen Vorschlaege nicht mehr aktuell waeren, schiene seine Auslegung des Vorschlags als Ultimatum zu bestaetigen.

Der Reichsaussenminister trat dieser Auffassung erneut energisch entgegen und wies auf die am Vortage vom Fuehrer abgegebene Erklaerung hin, dass die Eile durch die Tatsache bedingt sei, dass sich zwei mobilisierte Armeen in Schussweite gegenueberstaenden und in jeder Minute ein Zwischenfall ernste Konflikte ausloesen koenne.

Zum Schluss schlug Henderson vor, der Reichsaussenminister moege den Polnischen Botschafter herbeirufen und ihm die deutschen Vorschlaege uebergeben.

Der Reichsaussenminister lehnte dieses Verfahren fuer seine Person ab und beendete die Unterredeung, indem er dem Fuehrer saemtliche Entscheidungen vorbehielt.

S c h m i d t .

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgefuehrten Abschriften, die mir im Original vorlagen wird bestaetigt.

Nuernberg, ... Maerz 1946

gez. M. Horn.

H0831-0097

"Exhibit Ri. Nr. 211a

Abschrift aus dem Weissbuch
des Auswaertigen Amts 1939 Nr. 2
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 466 Anlage 1

Dem Reichsminister des Auswaertigen am 30. August 1939 24 Uhr vom Britischen Botschafter uebergebenes Memorandum der Britischen Regierung

(Uebersetzung)

1. Die Regierung Seiner Majestaet weiss die Tatsache zu wuerdigen dass die Deutsche Regierung in der in ihrer Antwort enthaltenen Erklaerung freundlichst auf ihren Wunsch einer deutsch-englischen Verstaendigung hinweist, und weiss ebenso den Hinweis zu wuerdigen, dass diese Erwaegung ihre Politik beeinflusst hat.

2. Die Regierung Seiner Majestaet bringt wiederholt zum Ausdruck, dass sie den Wunsch der Deutschen Regierung nach einer Verbesserung der Beziehungen durchaus teilt; es ist jedoch dabei zu beruecksichtigen, dass sie um dieser erbesserung willen nicht die Jntersessen ihrer Freunde preisgeben kann. Sie hat volles Verstaendnis dafuer, dass die Deutsche Regierung Deutschlands Lebensinteressen nicht opfern kann, aber die polnische Regierung befindet sich in der gleichen Lage, und die Regierung seiner Majestaet glaubt, dass die Lebensinteressen der beiden Laender nicht unvereinbar sind.

3. Die Regierung seiner Majestaet nimmt zur Kenntnis, dass die Deutsche Regierung den britischen Vorschlag annimmt und bereit ist, mit der Polnischen Regierung in unmittelbaren Meinungsaustausch zu treten.

4. Die Regierung seiner Majestaet glaubt annehmen zu duerfen, dass die Deutsche Regierung im Princip die Bedingung annimmt, dass jedwede Regelung zum Gegenstand einer internationalen Garantie gemacht werden sollte. Die Frage wer sich an einer solchen Garantie beteiligen soll, wird spaeter zu eroertern sein, und die Regierung seiner Majestaet hofft, dass um Zeitverlust zu vermeiden, die Deutsche Regierung sofort Schritte unternehmen wird, um die Zustimmung der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken zu erreichen, deren Beteiligung an der Garantie die Regierung Seiner Majestaet stets vorausgesetzt hat.

5. Die Regierung seiner Majestaet nimmt gleichfalls zur Kenntnis, dass die Deutsche Regierung den Standpunkt der Britischen Regierung hinsichtlich der Lebeninteressen und der Unabhaengigkeit Polens anerkennt.

6. Hinsichtlich besonderer Forderungen die die Deutsche Regierung in einem frueheren Absatz ihrer Antwort anmeldet, muss die Regierung seiner Majestaet einen ausdruecklichen Vorbehalt machen. Sie glaubt zu verstehen, dass die Deutsche Regierung zur Zeit Vorschlaege fuer eine Loesung ausarbeitet. Zweifelsohne werden diese Vorschlaege waehrend des Meinungsaustausches sorgfaeltig geprueft werden. Es kann dann entschieden werden, wie weit diese mit den wesentlichen Bedingungen vereinbar sind, die die Regierung seiner Majestaet bekanntgegeben hat und die anzunehmen die Deutsche Regierung ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht hat.

H0831-0098

"Exhibit Ri. Nr....."

Dok. Nr. 466 Anlg. 1

7. Die Regierung seiner Majestaet wird die Polnische Regierung sofort von der Antwort der Deutschen Regierung verstaendigen. Die Art der Fuehlungnahme und die Vorbereitungen fuer einen Meinungsaustausch muessen selbstverstaendlich in aller Eile wischen der Deutschen Polnischen Regierung vereinbart werden. Die Regierung Seiner Majestaet ist jedoch der Ansicht, dass es untunlich waere, diese Fuehlungsnahme schon heute herzustellen.

8. Die Regierung Seiner Majestaet erkennt voll an, dass bei der Ausnahme der Verhandlungen Eile geboten ist, und teilt die Befuerchtung des Herrn Reichskanzlers, die sich aus dem Umstande ergeben, dass zwei mobilisierte Armeen sich in allernaechster Naehe gegenueberstehen. Sie moechte daher auf das dringendste nahelegen, dass beide Parteien sich verpflichten, dass waehrend der Verhandlungen keine aggressiven militaerischen Bewegungen stattfinden. Die Regierung seiner Majestaet vertraut darauf, dass sie von der Polnischen Regierung eine gleichartige Versicherung abgeben wollte.

9. Die Regierung Seiner Majestaet moechte ferner noch vorschlagen, dass vorlaeufig ein modus vivendi fuer Danzig geschaffen wird, um Zwischenfaelle zu verhueten, die geeignet waeren, die deutsch-polnischen Beziehungen noch schwieriger zu gestalten.

Berlin, den 30. August 1939

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgefuehrten Schrifen, die mir im Original vorlagen, wird bestaetigt.
Nuernberg,.....Maerz 1946

gez. M. Horn

H0831-0099

Abschrift aus dem Weissbuch
des Auswaertigen Amts 1939 Nr. 2
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 466 Anlage II

Vorschlag fuer eine Regelung des Danzig-Korridor-Problems sowie der Deutsch-Polnischen Minderheitenfrage.

Die Lage zwischen dem Deutschen Reich und Polen ist zur Zeit so, dass jeder weitere Zwischenfall zu einer Entladung der beiderseits in Stellung gegangenen militaerischen Streitkraefte fuehren kann. Jede friedliche Loesung muss so beschaffen sein, dass sich nicht bei naechster gelegenheit die diesen Zustand ursaechlich bedingenden Ereignisse wiederholen koennen und dadurch nicht nur den Osten Europas, sondern auch andere Gebiete in die gleiche Spannung versetzt werden.

Die Ursachen dieser Entwicklung liegen

1. in der unmoeglichen Grenzziehung, wie sie durch das Versailler Diktat vorgenommen wurde,
2. in der unmoeglichen Behandlung der Minderheit in den abgetrennten Gebieten.

Die Deutsche Reichsregierung geht daher bei diesen Vorschlaegen von dem Gedanken aus, eine endgueltige Loesung zu finden, die die unmoegliche Situation der Grenzziehung beseitigt, beiden Teilen ihre lebenswichtigen Verbindungsstrassen sichert, das Minderheitenproblem - soweit irgend moeglich - beseitigt und, soweit dies nicht moeglich ist, das Schicksal der Minderheiten durch eine sichere Garantie ihrer Rechte ertraeglich gestaltet.

Die Deutsche Reichsregierung ist ueberzeugt, dass es dabei unerlaesslich ist, wirtschaftliche und physische Schaedigungen, die seit dem Jahr 1918 stattgefunden haben, aufzudecken und im vollen Umfange wiedergutzumachen. Sie sieht selbstverstaendlich diese Verpflichtung als eine fuer beide Teile bindende an.

Aus diesen Erwaegungen ergeben sich folgende praktische Vorschlage:

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt auf Grund ihres rein deutschen Charakters sowie des einmuetigen Willens ihrer Bevoelkerung sofort in das Deutsche Reich zurueck.

2. Das Gebiet des sogenannten Korridors, das von der Ostsee bis zu der Linie Marienwerder-Graudenz-Kulm-Bromberg (diese Staedte einschliesslich) und dann etwa westlich nach Schoenlanke reicht, wird ueber seine Zugehoerigkeit zu Deutschland oder zu Polen selbst entscheiden.

3. Zu diesem Zweck wird dieses Gebiet eine Abstimmung vornehmen. Abstimmungsberechtigt sind alle Deutschen, die am 1. Januar 1918 in

H0831-0100

diesem Gebiete wohnhaft waren oder bis zu diesem Tage dort geboren wurden, und desgleichen alle an diesem Tage in diesem Gebiet wohnhaft gewesenen oder bis zu diesem Tage dort geborenen Polen, Kaschuben usw. Die aus diesem Gebiet vertriebenen Deutschen kehren zur Erfuellung ihrer Abstimmung zurueck.

Zur Sicherung einer objektiven Abstimmung sowie zur Gewaehrleistung der dafuer notwendigen umfangreichen Vorarbeiten wird dieses erwaehnte Gebiet aehnlich dem Saargebiet einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt, die von den vier Grossmaechten Italien, Sowjet-Union, Frankreich, England gebildet wird. Diese Kommission uebet alle Hoheitsrechte in diesem Gebiet aus. Zu dem Zweck ist dieses Gebiet in einer zu vereinbarenden kuerzesten Frist von den Polnischen Militaers, der polnischen Polizei und den polnischen Behoerden zu raeumen.

4. Von diesem Gebiet bleibt ausgenommen der polnische Hafen Gdingen, der grundsaetzlich polnisches Hoheitsgebiet ist, insoweit er sich territorial auf die polnische Siedlung beschraenkt

Die naeheren Grenzen dieser polnischen Hafenstadt waeren zwischen Deutschland und Polen festzulegen und noetigenfalls durch ein internationales Schiedsgericht festzusetzen.

5. Um die notwendige Zeit fuer die erforderlichen umfangreichen Arbeiten zur Durchfuehrung einer gerechten Abstimmung sicher zu stellen, wird diese Abstimmung nicht vor Ablauf von 12 Monaten stattfinden.

6. Um waehrend dieser Zeit Deutschland seine Verbindung mit Ostpreussen und Polen seine Verbindung mit dem Meere unbeschraenkt zu garantieren, werden Strassen und Eisenbahnen festgelegt, die einen freien Transitverkehr ermoeglichen. Hierbei duerfen nur jene Abgaben erhoben werden, die fuer die Erhaltung der Verkehrswege bezw. fuer die Durchfuehrung der Transporte erforderlich sind.

7. Ueber die Zugehoerigkeit des Gebietes entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

8. Um nach erfolgter Abstimmung - ganz gleich, wie diese ausgehen moege - die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschlands mit seiner Provinz Danzig - Ostpreussen und Polen seine Verbinding mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen faellt, Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone, etwa in Richtung von Buetow- Danzig bezw. Dirschau, gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Eisenbahnlinie. Der Bau der Strasse und der Eisenbahn wird so durchgefuehrt, dass die polnische Kommunikationswege dadurch nicht beruehrt, d.h. entweder ueber - oder unterfahren werden. Die Breite dieser Zone wird auf einen Kilometer festgesetzt und ist deutsches Hoheitsgebiet.

H0831-0101

Fällt die Abstimmung zu Gunsten Deutschlands aus, erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso exterritorialen Strassen- bezw. Bahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würden.

9. Im Falle des Zurückfallens des Korridors an das Deutsche Reich erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungsaustausch mit Polen in dem Ausmass vorzunehmen, als der Korrridor hierfür geeignet ist.

10. Die etwa von Polen gewünschten Sonderrechte im Hafen von Danzig würden paritätisch ausgehandelt werden mit gleichen Rechten Deutschlands im Hafen von Gdingen.

11. Um in diesem Gebiet jedes Gefühl einer Bedrohung auf beiden Seiten zu beseitigen, würden Danzig und Gdingen den Charakter reiner Handelsstädte erhalten, d. h. ohne militärische Anlagen und militärische Befestigungen.

12. Die Halbinsel Hela, die entsprechend der Abstimmung entweder zu Polen oder zu Deutschland käme, würde in jeden Fall ebenfalls zu demilitarisieren sein.

13. Da die Deutsche Reichsregierung heftigste Beschwerden gegen die polnische Minderheitenbehandlung vorzubringen hat, die Polnische Regierung ihrerseits glaubt, auch Beschwerden gegen Deutschland vorbringen zu müssen, erklären sich beiden Parteien damit einverstanden, dass diese Beschwerden einer international zusammengesetzten Untersuchungskommission unterbreitet werden, die die Aufgabe hat, alle Beschwerden über wirtschaftliche und physische Schädigungen sowie sonstige teroristische Akte zu untersuchen.

Deutschland und Polen verpflichten sich, alle seit dem Jahre 1918 etwa vorgekommen wirtschaftlichen und sonstigen Schädigungen der beiderseitigen Minoritäten wieder gutzumachen bezw. alle Enteignungen aufzuheben oder für diese und sonstige Eingriffe in das wirtschaftliche Leben eine vollständige Entschädigung den Betroffenen zu leisten.

14. Um den in Polen verbleibenden Deutschen sowie den in Deutschland verbleibenden Polen das Gefühl der internationalen Rechtlosigkeit zu nehmen und ihnen vor allem die Sicherheit zu gewähren, nicht zu Handlungen bezw. zu Diensten herangezogen werden zu können, die mit ihrem nationalen Gefühl unvereinbar sind, kommen Deutschland und Polen überein, die Rechte der beiderseitigen Minderheiten durch umfassendste und bindende Vereinbarungen zu sichern, um diesen Minderheiten die Erhaltung, freie Entwicklung und Bestätigung ihres Volksrums zu gewährleisten, ihnen insbesondere zu diesem Zweck die von ihnen für erforderlich gehaltene Organisierung zu gestatten. Beide Teile verpflichten sich, die Angehörigen der Minderheit nicht zum Wehrdienst heranzuziehen.

15. Im Falle einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vor-

H0831-0102

504
"Exhibit Ri. Nr. ....."

Dok. Nr. 466 Anl. II

erklären sich Deutschland und Polen bereit, die sofortige Demobilmachung ihrer Streitkräfte anzuordnen und durchzuführen.

16. Die zur Beschleunigung der obigen Abmachungen erforderlichen weiteren Massnahmen werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart.

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgeführten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestätigt.

Nürnberg, ... März 1946.

gez. M. Horn,
Dr. Martin Horn,
Rechtsanwalt.

H0831-0103

Ri.-Exhibit Nr. 214.

A b s c h r i f t

aus dem Buch von S V E N H E D I N

"Amerika im Kampf der Kontinente"

Seite 64 bis 65.

In London ist behauptet worden, dass der deutsche Vorschlag so spaet abgesandt wurde, dass die Warschauer Regierung gar nicht darauf antworten konnte. Der deutsche Einmarsch in Polen sei so schnell erfolgt, dass der ganze Vorschlag wahrscheinlich nicht ernst gemeint war.

Diese Behauptung ist unwahr. Der Londoner "DailyTelegraph" eine dem Foreign Office nahestehende Zeitung, hat in der Abendausgabe vom 31. August 1939 einen Bericht ueber Beratungen im englischen Kabinett veroeffentlicht. In diesen sei zur Sprache gekommen, dass dem britischen Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, vom deutschen Reichsaussenminister die deutschen Vorschlaege ueber eine friedliche Beilegung des deutsch-polnischen Konflikts uebermittelt worden seien. Er habe sie sofort nach London weitergemeldet, da sich die britische Regierung in einer Note vom 28. August 1939 gegenueber der deutschen Regierung bereit erklaert hatte, die Vermittlung zu uebernehmen. Das Londoner Kabinett habe das deutsche Memorandum nach Warschau weitergeleitet, und die polnische Regierung habe nach seinem Empfang die Generalmobilmachung angeordnet.

In London hat der Bericht des "Daily Telegraph" grosse Bestuerzung hervorgerufen, denn man war dort - mit Roosevelts Zustimmung - entschlossen, die Schuld am Ausbruch des Krieges nach dem Vorbild von 1914 Deutschland zuzuschieben. Im britischen Blaubuch ueber den Kriegsausbruch und in den Erinnerungen Sir Neville Hendersons" The Failure of a Mission" ist dieser Entschluss ausgefuehrt worden.

H0831-0104

Die unbeabsichtigte Wahrheitsliebe des "Daily Telegraph" wurde dadurch zu vertuschen gesucht, dass die genannte Abendausgabe beschlagnahmt und die Redaktion veranlasst wurde, eine zweite Spaetausgabe herauszubringen, in deren Bericht ueber die Kabinettsberatung der fuer die britische Regierung so peinliche Satz ueber die polnische Generalmobilmachung n a c h Erhalt des deutschen Vorschlags entfernt war. Das Foreign Office hat aber nicht verhindern koennen, dass die erste Ausgabe des "Daily Telegraph"mit der Mitteilung bereits in die Haende einiger Menschen gekommen war, die sich fuer die wahren Umstaende interessierten.

.....

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez.Unterschrift: Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

H0831-0105